

Die Politik der Schmalkaldener vor Ausbruch des schmalkaldischen Krieges.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOCTORWÜRDE

VON DER PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT

DER

FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

GENEHMIGT

UND

NEBST DEN BEIGEFÜGTEN THESEN

ÖFFENTLICH ZU VERTEIDIGEN

AM 23. JANUAR 1901

VON

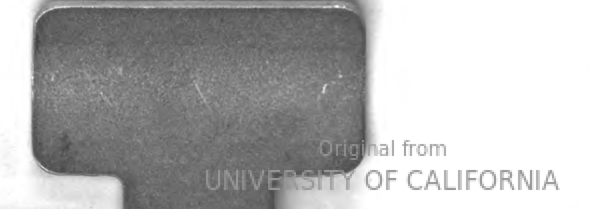
Adolf Hasenclever

aus Remscheid.

Opponenten:

Hr. cand. med. Octave Rozenraad.
- cand. phil. Clemens Mayer.
- Dr. phil. Wilhelm Stolze.

Berlin.
Druck von E. Ebering.
Mittelstrasse 29.

Dem Andenken meiner treuen Mutter

und

meinem lieben Vater.



Die vorliegende Dissertation bringt mit Genehmigung der philosophischen Fakultät nur einen Teil der eingereichten Arbeit. Die ganze Abhandlung erscheint im Verlage von E. Ebering, Berlin, als Heft 24 der „Historischen Studien".

Inhaltsangabe.



Einleitung.

Politische Lage gegen Schluss des Reichstags zu Worms.

Die Verhandlungen des Wormser Reichstages vom Jahre 1545 hatten beiden Parteien, den Katholiken wie den Protestanten, klar vor Augen geführt, dass eine Vergleichung über die zwischen ihnen strittigen Punkte auf gütlichem Wege nicht mehr möglich sei. Es kam jetzt nur auf den Zeitpunkt an, wann einer der beiden Gegner gerüstet war loszuschlagen.

Die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate drehen sich denn auch hauptsächlich um Rüstungen und Vorbereitungen zum Kriege, diejenigen des Kaisers von langer Hand planvoll angelegt und zielbewusst weitergeführt, diejenigen der Schmalkaldener mehr Defensivmassregeln, Erwiderungen auf Schritte, welche Karl und seine Anhänger unternommen hatten, meist nur von einzelnen, besonders von Philipp von Hessen, mit Energie betrieben.

Es ist das tragische Verhängnis der schmalkaldischen Bundesmitglieder gewesen, dass sie sich niemals völlig von jenen Bedenken reichsständischen Pflichtgefühls, ob ein offensives Vorgehen gegen den Kaiser erlaubt sei, in ihrer Gesamtheit praktisch haben befreien können. Nur ganz wenige, an der Spitze der allezeit rührige Landgraf, hatten diese Skrupeln überwunden, aber da seine Macht-



verhältnisse mit seinen kühnen Plänen nicht gleichen Schritt halten konnten, so wurde auch er mit in das Verhängnis hereingezogen, und wohl keiner hat so bitter dafür büssen müssen wie er in jahrelanger, erniedrigender Gefangenschaft.

Gegen Schluss des Wormser Reichstages, Anfang August 1545, war man noch auf keiner Seite irgendwie zu einem Abschluss mit den Kriegsvorbereitungen gelangt: noch stand der Kaiser in Beratungen über ein Bündnis mit dem Papst gegen die Protestanten, während das Concil seit Monaten in Trient versammelt, aber bisher nicht eröffnet war, da Karl seine Einwilligung dazu nicht hatte erteilen wollen wegen einiger grundlegender formeller Bedenken.[1] Zur selben Zeit unterhandelte er mit den Türken gemeinsam mit dem König von Frankreich über einen Waffenstillstand, um für sich und seinen Bruder Ferdinand freie Hand gegen die neue Lehre zu bekommen, in einem Augenblick, wo, wie seit langer Zeit nicht, ein energisch betriebener Krieg die grössten Aussichten auf Erfolg zeigte.[2] Trotz dieser gemeinsamen Aktion im Orient stand Karl misstrauisch der Politik des französischen Hofes gegenüber, ungeachtet aller äusseren Höflichkeitsbezeugungen. Ging doch sein eifriges Bestreben dahin, Franz I. möglichst von einem energischen Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten fern zu halten, und nichts schien zur Ausführung dieses Planes willkommener, als den Friedensschluss zwischen England und Frankreich trotz aller scheinbaren Gegenbemühungen nach Möglichkeit zu vereiteln. Denn der Kaiser war fest entschlossen und sich dessen wohl bewusst, den Kampf

---

1. Ranke: Deutsche Geschichte IV. S. 275f.

2. Ranke: IV. S. 269. Baumgarten: Sleidans Briefwechsel. S. 77. —

gegen die andersgläubigen Gegner durchfechten zu müssen.

Stand demgemäss das Ansehen des kaiserlichen Kabinetts nach aussen hin kraftvoll da, so war seine Stellung den einzelnen Teilen des Reiches gegenüber eine äusserst unsichere: selbst auf katholische Stände, besonders auf den bayrischen Herzog, war kein fester Verlass; gerade in diesen Wochen bahnte sich der Abfall des Pfalzgrafen und Kurfürsten Friedrich an, eines nahen Verwandten des kaiserlichen Hauses; in Köln schritt Hermann von Wied, unbeirrt durch Karls Drohungen, in seinem Reformationswerke weiter, und da die Tage des Kurfürsten Albrecht von Mainz gezählt waren, so war zu befürchten, zumal das Ableben des Trierer Erzbischofs auch in absehbarer Zeit zu erwarten stand, dass das ganze Gebiet um den Rheinstrom, wenn nicht direkt protestantisch werden, so doch völlig unter protestantischen Einfluss geraten würde. Sichere Anhänger des Kaisers waren nur die süddeutschen Bischöfe, die Reichsritterschaft und besonders König Ferdinand. Gleichwohl war die kaiserliche Partei dadurch ihren Gegnern unendlich überlegen, dass es ein einheitlicher, geschlossener Wille war, der das Ganze leitete, dass es nicht langer Beratungen an räumlich weit auseinander liegenden Punkten bedurfte, um einen Beschluss zu stande zu bringen.

Diesem geschlossenen Willen und dieser einheitlichen Leitung gegenüber waren die Schmalkaldener infolge ihres vielköpfigen Bundes, in dem die verschiedensten sich kreuzenden Interessen zu einem aktionsfähigen Ganzen vereinigt werden sollten, naturgemäss im Nachteil. Wohl sind unter ihnen staatsmännische Köpfe, wie der Landgraf, wie Jakob Sturm aus Strassburg, welche die Weltverhältnisse mit nüchternem Blick klar zu beurteilen vermögen; aber ihre Schaffensfähigkeit wird auf Schritt und



Tritt gehemmt durch die vielfachen Rücksichten, welche sie untereinander zu nehmen gezwungen sind. Sie ahnen alle die Gefahr,[3] welche ihnen droht, aber zu einer energischen Gegenwehr vermögen sie sich nicht aufzuraffen, auch ist es ihnen nicht möglich, ihrem Bunde eine straffere Verfassung und eine fest durchgebildete, mit fest umgrenzten Befugnissen und Machtvollkommenheiten ausgestattete Oberleitung zu geben.

Auch sie streben darnach, möglichst viele Bundesgenossen zu erwerben, dabei geht man aber nicht von einem grossen Plane aus, sondern je nach den persönlichen Neigungen und Vorteilen des einzelnen treibt man Politik: der Landgraf z. B. sucht ein Bündnis mit Heinrich VIII. von England abzuschliessen, Johann Friedrich ist dazu nicht zu bewegen;[4] in Strassburg bevorzugt man wegen der nachbarlichen handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen eine Verbindung mit Frankreich: es fehlt allenthalben der durchgreifende Wille, dem die Macht zur Seite steht, und die Einsicht in das thatsächlich Notwendige und Mögliche.

---

3. vergl. den interessanten Bericht Eberhards von der Thann an Johann Friedrich über die Wormser Verhandlungen [W. A. Reg. H. No. 193] „Und inn Summa so kummen in diser sachen so viell vermuetung und anzeigung zusammen, das Ich diese practica in meiner einfalt fur gewiss halte, und khan mich der gedancken nicht erwehren, dann das sie (der Kaiser und der Papst) soliches, damit sie bis daher lange schwanger gangen, einsmhals gebeeren und auff zukunfftigen Sommer Ir furhaben In das wergk brengen wollen."

4. Wie es scheint, nicht unbeeinflusst durch seine Theologen. Vergl. deren Gutachten über die Erstreckung des schmalkaldischen Bundes. Corp. ref. V. S. 723 „Es bedarf aber auch Weisheit, wie man Bündniss mache und brauche, nämlich dass die Herzen Gottes Ehre zuvörderst suchen; item dass sie nicht Leute darein mengen, die selb Zerrüttungen und Spaltungen anrichten", es folgen zum Beleg biblische Beispiele.

Nachdem wir so die Lage der beiden Parteien zu Schluss des Reichstages kurz geschildert haben, ist es nunmehr unsere Aufgabe, den Fortgang der Ereignisse bis zum Dezember, d. h. bis zu Beginn des Frankfurter Bundestages zu skizzieren und dann nachzuweisen, inwiefern die Verhandlungen dieser Versammlung entscheidend für den unglücklichen Ausgang des bald beginnenden grossen Krieges gewesen sind.

Es löst sich die Geschichte dieser vier Monate von Anfang August bis Anfang Dezember in eine Reihe scheinbar von einander unabhängiger Ereignisse auf, in Wahrheit aber stehen alle diese Begebenheiten in dem einen grossen Zusammenhang ihrer Beziehung auf den Beginn des baldigen Krieges: es sind Manöver bald der einen, bald der anderen Partei, die Stellung des Gegners zu erschüttern, seine Rüstungen zu hintertreiben und dadurch die eigene Position zu verbessern: sie alle zeigen uns, wie hochgradig gespannt damals die politische Atmosphäre war. Es werden in diesen Wochen die Maschen zu dem Netze gesponnen und gelegt, in welche sich die Schmalkaldener im nächsten Jahre, der Kaiser hinwiderum nach einigen Jahren verstricken sollten.

Betrachten wir zunächst die deutschen Dinge, um dann auf die gesamte internationale Lage einen kurzen Blick zu werfen.



Buch I.

Die Ereignisse vom Reichstag zu Worms bis zum Bundestag in Frankfurt. (Aug. — Dez. 45.)

Kapitel I.

Der Braunschweiger Zug vom Oktober 1545 und seine politischen Folgen.

In den ersten Tagen des Juli war in Worms nach allerlei Disputationen eine Verständigung zwischen dem Kaiser und den Schmalkaldenern über das vom Bunde 1542 eroberte und seither noch in Besitz gehaltene Braunschweiger Land erzielt worden.[1] Das Gebiet Herzog

1. Strassburg III No. 583 Beilage. Aus der sog. Wormser Kapitulation geht deutlich hervor, dass Karl gesonnen war, sich Herzog Heinrichs als eines Werkzeuges in seinen Plänen gegen den schmalkaldischen Bund zu bedienen. Ausdrücklich vermeidet er, irgendwie dem Herzog das Recht auf sein Land abzusprechen, falls derselbe sich gewaltsam wieder seines angestammten Besitzes bemächtigen will. Denn anders lässt sich doch wohl kaum seine mehrfache Weigerung erklären, den Passus in den Vertrag aufzunehmen, wonach derjenige Teil, welcher den Frieden bräche, seiner Forderungen und Rechte „gegen dem andern dieser sachen halber . . . verwirkt und verlorn haben" sollte. Für alle Fälle scheint er sich die Möglichkeit der Vermittlung haben offen halten wollen, wenn Heinrich bei einem Handstreich gegen Braunschweig besiegt werden sollte. Der sonst so vorsichtige Sturm hat offenbar diese geheimen Absichten nicht durchschaut, denn sonst könnte er nicht von „ge-

Heinrichs sollte zwei Reichsfürsten als kaiserlichen Sequestratoren übergeben werden, die vom Bunde getroffenen Einrichtungen, besonders die neu eingeführte protestantische Lehre bestehen bleiben und die Verwaltung so lange von den Kommissaren geleitet werden, bis sich die Schmalkaldener mit Herzog Heinrich endgültig vertragen hätten.

Es war von Anfang an ausgeschlossen, dass Heinrich diesen Vereinbarungen jemals seine Zustimmung geben würde. Wenn er es that, gab er damit seine lange gehegten Rachepläne gegen die Schmalkaldener auf. Freilich jetzt that Eile not, denn er musste handeln, bevor die Abmachung Thatsache geworden war, da ein späterer Versuch der Wiedereroberung ihm naturgemäss neben den früheren Feinden die Sequestratoren auch noch zu Gegnern gemacht hätte, und da nicht ausgeschlossen war, dass der Kaiser, wenn ihm einmal das Land übergeben worden war, dasselbe nicht so leicht wieder aus den Händen lassen würde.

Nachdem Herzog Heinrich seit Monaten infolge der mannigfachen Gerüchte über seine Truppenwerbungen seine Gegner in Unruhe gehalten hatte, stellte er sich am 17. September an die Spitze der für ihn im Erzstift Bremen, wo sein Bruder Christoph Bischof war, in möglichster Heimlichkeit durch den bekannten Söldnerführer Wrisberg zusammengezogenen Truppen.

Es ist noch immer eine offene Frage, wie Heinrich sich über die dringendsten finanziellen Schwierigkeiten hinweggeholfen hat. Die Geldzahlung von 5000 Kronen[2],

---

ringen Aenderungen" reden [Strassburg III S. 611]. Vielleicht, dass sein klarer Blick getrübt wurde durch die hoffnungsvolle Aussicht, diese leidige Angelegenheit endlich zur Ruhe gebracht zu sehen.

2. 2000 Kronen im Frühjahr 1545 gelegentlich seines Besuches am französischen Hof zu „vererung" und 3000 Kronen etwas

die er durch Vermittlung des Kardinals Tournon vom französischen König erhalten hatte, wird bei seinen weitverzweigten Verbindungen nicht lange gereicht haben. Auch die Verhandlungen mit dem Papst zerschlugen sich, besonders nachdem in Rom die Kunde von der schnellen Niederwerfung des Herzogs anlangte, da der Papst auf gute Beziehungen zum Kaiser angewiesen war, und dieser, wie man an der Kurie wohl wusste, noch nicht gewillt war loszuschlagen.[3]

Eine weitere Lösung dieser Frage bietet uns ein Brief[4] Eberhards von der Thann, demzufolge die Bischöfe

später, um Truppenwerbungen zu zerstreuen, die angeblich für England gemacht waren [Strassburg III S. 641, S. 642. Brandenburg: Die Gefangennahme Herzog Heinrichs von Braunschweig durch den Schmalkaldischen Bund (1545) S. 22 zweifelt noch an der Geldzahlung Franz' I.; doch steht sie ausser Frage; vergl. dazu Druffel III S. 234, Anm. 117.]

3. Lenz II S. 381. Anm. 1. Das dort angezweifelte Datum [13. X.] muss in der Kopie des M. A. verschrieben sein. In der Kopie des W. A. [Reg. H. No. 196. Vol. 1] findet sich das annehmbarere Datum: 31. Oktober.

4. „Sontag nach Ursula (25. X.) (W. A. Reg. H. No. 193). „So ist die Reuterey mit dem Stadthalter und marggraf Albrechts rustung und werbung allein daruf angefangen, das man Euer Churf. gn. hat wollen doheim behaldten, den Landtgraven mit der hulf wider hertzog Heinrichen abstricken und des orts zu schaffen machen, dann darumb hat der marggraf den Egloffsteinen bevohlen, den stadthalter zu eur Churf. gn. Lannden nider zu werffen, darumb haben alle Graven von Henneberg aufs sterkst geworben, und ire underthanen aufgemahnet, die Bischove alle ir Hofgesinde und Ambtleuthe reuten lassen, . . . Die Bischove Wurtzburg und Bamberg gebieten auf sterkst auf" [wie ein beiliegendes Aufgebot des ersteren beweist]. Durch Vergleichung der Daten weist Thann nach, dass der Bischof von dem Unternehmen vor seinem Beginn gewusst haben muss; vergl. dazu die Bemerkung bei Neudecker [Akten S. 585; vergl. auch S. 629, wo die Quelle dieser Nachricht ange-

von Würzburg und Bamberg von dem Unternehmen Heinrichs vor dem endgültigen Losschlagen gewusst haben müssen. Ueberhaupt scheinen die Vorbereitungen zu diesem Zuge auf möglichst breiter Grundlage aufgebaut worden zu sein, wenn wir den Aeusserungen von der Thanns einigen Glauben schenken dürfen.

Wenn auch in dem betreffenden Briefe nicht von direkter Geldunterstützung die Rede ist, so ist dieser Schluss in Anbetracht des Reichtums jener süddeutschen Bistümer so nahe liegend, dass man eine derartige Vermutung wohl laut werden lassen darf, besonders da es feststeht, dass der Kardinal von Augsburg Otto von Truchsess

---

geben wird], dass in Bayern in den Kirchen für Heinrich gebetet worden ist, und den Brief von der Thanns an Johann Friedrich (Koburg, 29. IX), wo von den Bischöfen von Bamberg, Eichstadt und Würzburg berichtet wird, dass sie „vast alle Ire ambtleuthe und underthanen reiten“ lassen. Vergl. auch Strassburg III S. 655 f. „Wer es dem winter nit so nach, ist wohl zu gedenken, das sich in diesen landen an dem ort auch etwas erheben möcht. Dann als unser haubtmann alhie umbgeschlagen, haben weder bischof, äpt, grafen, herren noch adel ime nicht ein Knecht zuziehen lassen; sonder welche gelt empfangen, dasselb wieder geben muessen und offenlich anzaigt: ire herren sagen, es sei wider den kaiser.“ [Der Stadtschreiber zu Memmingen an Michel Han in Strassburg. 13. X.]

Schwer vereinbar mit diesen Zeugnissen ist die Notiz bei Massarelli (S. 155), dass der Bischof von Würzburg den Landgrafen gegen den Braunschweiger unterstützt habe, „che li Arciv. di Maguntia et Treveri insieme con il Vesc. di Erbipoli havevano dato adiuto al Lantgravio contro il Duca di Brunsvich.“ Von Mainz steht eine Hülfesendung freilich fest, doch ist sie noch zu Lebzeiten Albrechts verfügt worden, so dass das bittere Urteil della Cavas über Heusenstamm in diesem Falle ungerechtfertigt ist. „E questo è il primo segno di buon speranza, che vi da il nuovo eletto Arciv. Maguntino.“ Ueber die Begründung der Unterstützung vergl. Friedensburg: Nuntiaturberichte I. Bd. VIII S. 407.



und einige kleinere Prälaten dem Braunschweiger eine Geldzuwendung von 4000 Thalern haben zukommen lassen.[5]

Seit Monaten hatte Landgraf Philipp alle diese Bewegungen seiner Gegner mit grosser Aufmerksamkeit beobachtet: er legte gleich dem Unternehmen die Bedeutung bei, welche es beanspruchen durfte. In vielen protestantischen Kreisen dachte man jetzt schon, dies sei der Beginn des grossen seit lange gefürchteten Krieges,[6] und auch Philipp scheint sich diesen Bedenken nicht ganz verschlossen zu haben.[7] Um so eifriger betrieb er seine Gegenmassregeln: mit Johann Friedrich kam er Ende September in Eisenach zusammen und besprach mit ihm den Feldzugsplan; sie verabredeten, dass der Kriegszug als Bundessache gelten solle. Vorher schon hatte der Landgraf seinen Schwiegersohn Herzog Moritz durch übertriebene Schilderung von Gefahren, wonach das hessische Land bedroht sein sollte, aufgefordert, ihm zu Hülfe zu kommen, mit Berufung auf sein im Oschatzer Vertrag vom April 1542 gegebenes Versprechen, was dieser trotz Krankheit und trotz des Widerstandes, den er bei seinen Ständen und einem Teil seiner Räte fand, sofort that.

---

5. Herberger S. 38. vergl. Friedensburg, Nuntiaturberichte I. Bd. VIII S. 401 Anm. 2.

6. Ranke IV S. 265 Anm. 2. — Dass man auch in katholischen Kreisen diese Unternehmung unter dem religiösen Gegensatze auffasste, zeigt die Bemerkung della Cavas bei Massarelli S. 155, „il che (die Unterstützung des Landgrafen durch die drei Bischöfe, vergl. S. 8 Anm. 4) è di grandissima importantia, che questi 3 gran Prelati, che sono tenuti Cattolici, diano adiuto a Lutherani contra Cattolici.“

7. Philipp an Schärtlin 9. X. 45; lässt Schärtlin nicht auf seine Bitte hin mit zu Felde ziehen „allein darumb das wir besorgen, das dieses nicht allein des von braunschweigs thun ist, und das sich mehr leute ins spill mengen werden, das du uns dann mehr

Die nun folgenden Ereignisse[8] übergehe ich: Herzog Heinrich, an Truppenzahl seinen Feinden weit nachstehend, wurde am 21. Oktober besiegt und auf Versprechungen von seiten Herzog Moritz' bauend, der die undankbare Aufgabe eines Vermittlers zwischen den Gegnern übernommen hatte, als die Heere sich schon kampfbereit gegenüber standen, zugleich mit seinem ältesten Sohne Karl Viktor gefangen genommen.

So geringfügig in allen Wirren und Kämpfen der Reformationszeit die schnelle Niederwerfung Herzog Heinrichs auf den ersten Blick erscheinen mag, so ist sie doch von entscheidender Bedeutung für die Beziehungen der Schmalkaldener zu ihren Gegnern, zu ihren Glaubensgenossen und nicht zum mindesten für die wechselseitigen Beziehungen innerhalb des Bundes selbst gewesen.

Die Gegner sahen, wie das protestantische Prinzip durch diesen Sieg in Norddeutschland stark befestigt wurde, wie gerade jetzt in der unmittelbaren Nachbarschaft der schon nicht mehr ganz sicheren niederdeutschen, westfälischen Bistümer die neue Lehre dauernd zur Herrschaft gelangte. Die Schwächeren unter den katholischen Ständen des Reiches mussten thatenlos zusehen, wie einer der ihrigen bei dem Versuch, seine angestammten Länder und Rechte wieder zu erlangen, vom Kaiser im Stiche gelassen wurde. Es war neben der Niederlage, welche der Katholicismus im Felde gegenüber dem schmalkaldischen Bunde erlitt, eine moralische Niederlage der kaiserlichen Politik, geeignet, das Vertrauen, das man nach den

---

Knecht konst uffbringen und zufueren". [M.A.] Soll deshalb mit den anderen Hauptleuten im Oberland bleiben. vergl. dazu Herberger LXVII f. Schönhuth: Leben und Thaten Schärtlins S. 32.

8. vergl. darüber die kritische Untersuchung Brandenburgs „die Gefangennahme Herzog Heinrichs von Braunschweig durch den schmalkaldischen Bund. 1545. S. 18 ff, sowie neben den dort an-

Verhandlungen des letzten Reichstages wieder auf Karl zu setzen beginnen konnte, in bedenklichster Weise zu erschüttern. Der Kaiser hatte durch seine Neutralität bewirkt, dass die Protestanten im Rücken völlig gedeckt waren, als er im nächsten Jahre von Oberdeutschland aus seinen damals schon ins Auge gefassten Vernichtungskrieg begann.[9]

Freilich wird man nicht die Forderung geltend machen dürfen, Karl hätte Herzog Heinrich bei seinem Aufbruche gleich zuziehen sollen; er hätte ihn im Interesse seiner Politik nur nicht aus der Hand lassen, seinen früheren Einfluss auf ihn nicht völlig verlieren dürfen, die Mittel, dies zu bewerkstelligen, würden sich unschwer haben finden lassen.

Auf protestantischer Seite wurde durch diesen Sieg das Zutrauen[10] und der Glaube, dass dies eine gerechte Sache, dass es Gottes Sache sei, sehr gehoben.

Allerdings alle diese Vorteile überwog der tiefe Riss, welcher durch den Verlauf dieses Feldzuges in die Reihen der Schmalkaldener und ihrer evangelischen Gesinnungs-

---

geführten Litteraturnachweisen Philipps Bericht an Strassburg über die letzten Ereignisse (Strassburg III Nr. 624) und den „anscheinend selbständigen“ Bericht von einigen Teilnehmern des Feldzuges an den Kardinal von Augsburg. (Friedensburg: Nuntiaturberichte I. Bd. VIII S. 394 Anm. 2.) Die Darstellung Brandenburgs ist verkürzt wiedergegeben in seinem Buch: Moritz von Sachsen Bd. I. S. 397 ff.

9. Lenz II, S. 341. Strassburg III Nr. 563.

10. „Weil wir dan nur solliche einhelligkeit in deme [Erstreckung des Bundes] unter den stenden vermarckt, und ane Zweifel, das der von Braunschweig mit seinem sohn also durch Gottes vorhenckung zu hafft und vorwarlicher enthaltung bracht, nit die wenigste ursach . . .“ Die sächsischen Gesandten in Frankfurt an Johann Friedrich. 19. XII. 1545. [W. A. Reg. H. No. 196. Vol. 1.]

genossen getragen wurde: Herzog Moritz fühlte sich aufs tiefste verletzt[11] über das geringe Entgegenkommen, welches er bei seinem Schwiegervater im Verlaufe der Vermittlungsverhandlungen gefunden hatte, um so mehr, als die Vorwürfe, die ihm später gemacht wurden, und das Gerede über seine unaufrichtige und zweideutige Handlungsweise nicht ganz unbegründet waren.

Dem Kaiser gegenüber glaubte er sich wegen seines Anschlusses an die Schmalkaldener, der sich trotz der spitzfindigen Unterscheidung, er sei dem Landgrafen und Kurfürsten als Erbeinungsverwandten, nicht aber dem schmalkaldischen Bunde als solchem zu Hülfe gekommen, nicht gut wegleugnen liess, entschuldigen zu müssen. Er sah sich deshalb gezwungen, in lebhafteren diplomatischen Verkehr mit den Habsburgern zu treten und sich mit dem Gedanken vertrauter zu machen, eventuell mit ihrer Hülfe sein in Deutschland erschüttertes Ansehen wiederherzustellen.

Das Entscheidende von allem aber war, dass Moritz im Verlaufe dieses Feldzuges endgültig eingesehen hatte, dass es ihm nie gelingen werde, nach Eintritt in den

---

11. Charakteristisch für die Art und Weise, wie die Gegenpartei diese Stimmung auszunutzen trachtete, ist „hertzog Moritz vonn Sachssen erbermlich claglid anno 1545 denn 21. Oktober (von Issleib mitgeteilt: Archiv für sächs. Geschichte. N. F. Bd. II, S. 358 ff.) Anfang 1546 entstanden. — Es scheint, als ob man zu erkunden beabsichtige, wie Herzog Moritz zu seinen Verbündeten stehe, und aus dem Nachdruck, mit dem er die Anschuldigungen verfolgte, und aus der Stelle, wo er das that, Schlüsse auf seine Gesinnung ziehen wollte. — Ueber die Stimmung der Räte Herzog Moritz' vergl. Sailers Bemerkung (Lenz III, S. 374): „Meines g. h. h. Moritzen leudt schreiben gantz seltzam und unpedechtlich von disem krieg, one zweifel ausserhalb seiner f. g. wissen und willen, macht unsern widerwertigen ain grosse fred; ist ain poglen schon gedrukht, ich acht zu Nurnberg."

schmalkaldischen Bund in demselben eine seinem selbstbewussten Wollen und Denken entsprechende Stellung einzunehmen, eine Erkenntnis, die, wenn sie ihn auch direkt nicht in die Arme des Kaisers treiben musste, doch darnach angethan war, seine Gedanken häufiger nach dem kaiserlichen Hoflager schweifen zu lassen, und ihn somit allmählich an den Gedanken eines näheren Anschlusses an den Kaiser, als notwendige Stütze, gewöhnen konnte.

Am tiefsten zu bedauern aber war die Spannung, welche zwischen den Mitgliedern des schmalkaldischen Bundes selbst durch die Ereignisse des Feldzuges hervorgerufen wurde; Johann Friedrich hatte, auf eine persönliche Teilnahme verzichtend, zwei Stellvertreter, darunter einen fürstlichen Geschlechts, Herzog Ernst von Lüneburg, als Führer seines Kontingentes mitgeschickt. Sie glaubten sich bei den Verhandlungen zwischen Philipp und Moritz mit Herzog Heinrich nicht genügend beachtet und teilten ihre Entrüstung darüber dem Kurfürsten mit, welcher seinerseits mit dem Ergebnis des Feldzuges, besonders mit der milden Behandlung der gefangenen Söldnerhaufen, nicht zufrieden war. Eine Folge davon scheint gewesen zu sein, dass Johann Friedrich im nächsten Jahre beschloss, persönlich neben dem Landgrafen mit zu Felde zu ziehen. Wie verhängnisvoll dieser Entschluss für den Verlauf des Feldzuges geworden ist, ist allgemein bekannt.

Ein ferneres Moment von innerer Zersetzung im Bunde bildet die vielfache Verstimmung, welche die ganze braunschweiger Angelegenheit seit ihrem Ursprung im Jahre 1542 in den oberländischen Gebieten hervorgerufen hatte. Die dortigen Stände hatten niemals die persönliche Politik des Kurfürsten und Landgrafen in dieser Frage rückhaltlos billigen können, da man in ihr nicht ausschliesslich Wahrung und Verteidigung der pro-

testantischen Lehre hatte erblicken können.[12] Direkt verletzt durch das Vorgehen der Bundeshauptleute wurde Herzog Ulrich von Würtemberg, der Schwager Herzog Heinrichs. Wir werden sehen, wie diese Stimmung auf seine Haltung während des kommenden Bundestages nicht ohne Einfluss geblieben ist.

Das ganze Unternehmen war, nach seiner militärischen Seite hin betrachtet, ein grosser unbestreitbarer Erfolg; vom politischen Standpunkt aus muss man es eher als einen Rückschritt bezeichnen, der freilich, falls innerhalb des Bundes etwas Entgegenkommen zwischen den Einzelnen gezeigt wurde, leicht ausgeglichen werden konnte.

Kapitel II.

Hermann von Wieds endgültiger Anschluss an die Schmalkaldener.

An einem anderen Punkte Norddeutschlands drohte inzwischen die Ausdehnung der protestantischen Lehre in den unmittelbaren Interessenkreis des Kaisers verhängnisvoll einzugreifen.

Nur mit grossem Widerwillen und zugleich grosser Besorgnis hatte Karl sehen müssen, einen wie bedrohlichen Umfang der Reformationsversuch Hermanns von Wied im Kölner Erzstift angenommen hatte. Nicht nur als gehorsamer Sohn seiner Kirche, dem jede Verbreitung der ketzerischen Ideen in tiefster Seele verhasst war, ebenso sehr aus Gründen politischer und wirtschaft-

12. Baumgarten: Jakob Sturm. S. 16 ff.

licher Natur sah er sich veranlasst, der immer mehr um sich greifenden Ausdehnung der neuen Lehre entgegenzutreten und sie einzudämmen, denn ein Hinübergreifen der reformatorischen Tendenzen in seine niederländischen Erblande musste für die Verwirklichung seiner politischen Ziele von den bedenklichsten Folgen begleitet sein.

Nachdem er den Gedanken, sich auf gewaltsamem Wege des Erzbischofes zu bemächtigen und ihn in seinen Erblanden wegen Missachtung kaiserlicher Mandate gefangen zu setzen,[1] wegen der Abneigung des Papstes, wie es scheint, gegen eine solche Behandlung eines Kirchenfürsten und aus Rücksicht auf die deutschen Protestanten hatte fallen lassen müssen, richtete er sein Hauptaugenmerk darauf, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen, wenigtens sich den Anschein zu geben, als erstrebe er eine solche Lösung.

In Worms hatte Karl den protestantischen Ständen auf ihre für den Kölner eingelegte Bitte versprochen, „im abhin reiten" gütlich darüber zu verhandeln und aller Weiterung zuvorzukommen.[2] Deshalb hielt er sich auf der Rückreise vom Reichstag mehrere Tage, vom 10.—16. August, in Köln auf;[3] jedoch während dieser Zeit befand er sich ganz unter dem Einfluss der Gegner Hermanns,[4] liess sich überzeugen, dass ein Einlenken von einer Seite und eine Versöhnung der beiden feindlichen Parteien innerhalb des Domkapitels nicht mehr möglich sei, und besonders, dass die reformatorischen Massnahmen,

---

1. Görresjahrbuch Bd. VII. S. 392 ff. Schwarz: Römische Beiträge zu Johann Groppers Leben und Wirken.

2. Strassburg III S. 624. Anm. 1: auch nr 595.

3. Ueber einen weiteren Zweck dieses Aufenthaltes cf. Neudecker: Akten S. 575.

4. Corp. ref. XXXX. nr 696.

welche Hermann für die nächste Zukunft angekündigt hatte, seine Erblande unmittelbar gefährdeten.[5]

Dann erst, unter dem Eindruck dieser Erfahrungen, liess er sich zur persönlichen Verhandlung mit dem Erzbischof herbei.

Die Unterredung[6] selber fand statt unter Hinzuziehung von einigen Räten,[7] welche Rede und Gegenrede führten, und nur am Schluss griffen Kaiser und Kurfürst persönlich in die Debatte ein: das schliessliche Ergebnis war vorauszusehen: Karl forderte Hermann auf, die Neuerungen abzustellen; dieser bestritt, solche eingeführt zu haben, auch durch eine ernste Verwarnung mit Hindeutung auf die schweren Folgen liess er sich nicht irre machen, vielmehr stellte er dem seine alte Forderung nach einem freien Concil oder einer Nationalversammlung entgegen: man trennte sich, indem Hermann versprach, seine Haltung in einem Schreiben zu rechtfertigen.

Schon vorher hatte Karl durch den Vicekanzler Naves dem Erzbischof das Ansinnen nahe legen lassen, zu Gunsten seines Coadjutors freiwillig abzudanken, doch vergeblich.[8] Nunmehr liess der Kaiser, ohne die versprochene Verantwortung Hermanns vom 19. August abzuwarten, der Citation des Papstes vom 18. Juli, sich binnen 60 Tagen in Rom zu stellen, seine bisher noch zurückgehaltene Aufforderung vom 27. Juni folgen; in dieser wurde der Erzbischof innerhalb 30 Tagen zur Verantwortung dahin citiert, wo sich der kaiserliche Hof gerade aufhalten werde. Eine Verantwortung des Dom-

---

5. Drouven S. 380; Braunsberger: beati Petri Canisii epistolae et acta Bd. I. S. 162. —

6. Ueber die Unterredung vgl. den Excurs im Anhang.

7. Nach Ennen: Geschichte der Stadt Köln IV. S. 502 könnte man annehmen, als ob Hermann sich allein mit Karl unterredet habe; dies war jedoch nicht der Fall; siehe Excurs.

8. Gacchard S. 98. Friedensburg: Nuntiaturberichte I. Bd. VIII S. 689.

dechanten und Kapitels vom 20. August als Entgegnung auf Androhungen von kaiserlicher Seite fand ebenso wenig Berücksichtigung. Vom rechtlichen Standpunkt aus war die ungenaue Ortsbestimmung in Karls Citation anfechtbar, weil die Kurfürsten nach ihren Privilegien ausserhalb des Reichs vor kein Gericht gezogen werden durften. Da aber schon wegen des bald zusammentretenden Reichstages feststand, dass binnen dieser kurzen Zeit der Kaiser das zum Reiche gehörige Gebiet, seine niederländischen Erblande,[9] nicht verlassen würde, so war Hermann dadurch jeder thatsächliche Grund genommen, wegen der Rechtsverletzuug der Forderung keine Folge zu geben, wenn er es auch seiner Stellung als Reichsfürst nicht schuldig blieb, gegen solches formell rechtswidrige Vorgehen Einspruch zu erheben.

Zu diesem Zwecke sandte er einen Anwalt an den kaiserlichen Hof nach Brüssel, welcher diesen angemassten Gerichtszwang ablehnen, eine Gegenappellation überreichen und besonders die Stimmung am kaiserlichen Hofe gegen Hermann sondieren sollte. Auf das Spezielle des Auftrages vermied man dort einzugehen, man teilte dem Gesandten nur einen bestimmten Termin zur Verantwortung mit, „gerade als hette ich“, wie Hermann replizierte, „bereitz In E. Mat. iurisdiction des ordts verwilligt“;[10] statt des erbetenen Aufschubes von drei Monaten zur Ausarbeitung einer Denkschrift gegen den Gerichtszwang des Kaisers wurde nur ein Monat zugestanden.[11]

Eine solche Behandlung von seiten des Kaisers musste dem Verfolgten endgültig die Augen darüber öffnen, dass er auf gesetzmässigem Wege nicht mehr zu seinem Rechte gelangen könne, und dass es für ihn eine

9. Schröder: Deutsche Rechtsgeschichte S. 762 [3. Aufl.].
10. Hermann an Karl. Brühl 12. X. 45 [W. A.].
11. 2. X. 1545. [B. A.]

Frage der Selbsterhaltung war, sich nach Helfern unter seinen neuen Glaubensgenossen umzusehen.

Schon im September hatte er in dieser Richtung nach allen Seiten hin eine überaus rege Thätigkeit entfaltet: ihm lag jetzt vor allem daran, möglichst viele Adhärenten an seine Appellation unter den Protestanten zu gewinnen, um auf diese Weise den Kaiser an einem gewaltsamen Vorgehen gegen sein Bistum nach Möglichkeit zu verhindern.

Recht lau wurden seine Abgesandten in Berlin und Dresden aufgenommen: man hatte wohl allgemeine Worte des Bedauerns, erklärte sich auch bereit, sich eventuell an einer Gesandtschaft zum Kaiser zu Gunsten Hermanns beteiligen zu wollen, aber während Herzog Moritz, trotz der dringenden Mahnungen seines Schwiegervaters,[12] sich hinter der Mitberatung seiner Stände verschanzte, da die Sache zu wichtig sei, in einem Augenblick, wo er gegen den direkten Willen derselben Stände zum Braunschweiger Feldzug sich anschickte aufzubrechen, rieten die kurbrandenburgischen Räte[13] ihrem Herrn von einer Beteiligung an der Appellation mit der fadenscheinigen Begründung ab, die beabsichtigte Appellation beziehe sich nicht nur auf die kaiserliche Citation, sondern handele auch von anderen gravaminibus und Beschwerungen, „und nit solcher articul auch in Irer cfg. gefallen stehen", es habe allerlei Bedenken, sich so tief oder weit mit dem Kölner einzulassen; auf alle Fälle solle Hermann den Termin innehalten, sehr gefährlich sei es, wenn er in contumaciam verurteilt werde, im Notfalle müsse man dem Kaiser seine

12. Brandenburg: Moritz v. Sachsen Bd. I. S. 393.

13. Im ganzen sind im B. A. vier Gutachten aufbewahrt, welche teilweise in abmahnendem, teilweise in zuwartendem Sinne abgefasst sind. [Rep. XIII, 6.]

früheren Reichsabschiede „aussdrucklicher und magis specifice under der nasen reyben.“

Eine freundlichere Aufnahme fanden die kurkölnischen Gesandten bei Johann Friedrich, aber auch hier trat das tiefe Misstrauen, welches nun einmal zwischen den Mitgliedern des schmalkaldischen Bundes bestand, störend dazwischen. Für die Protestanten war es eine Lebensfrage, den Papst zu verhindern, seinen Prozess gegen Hermann praktisch durchzuführen: gelang ihm dies, so musste sich der verderbliche Einfluss auf die inneren deutschen Angelegenheiten, der durch Luthers machtvolles Auftreten so entschieden zurückgedrängt worden war, wieder erneuern.[14] Das sah man am sächsischen Hofe wohl ein, und kluger Weise griff der Kanzler Brück dem Kurfürsten gegenüber besonders diesen Punkt heraus, als er in seinem Gutachten vom 19. September für eine Unterstützung Hermanns durch alle evangelisch Gesinnten eintrat; diese richtige Erkenntnis von der drohenden Gefahr hinderte ihn jedoch nicht, von einer Führerschaft seitens des kursächsischen Hofes in dieser Frage abzuraten, da man eventuell von den Glaubensgenossen im Stiche gelassen werden könne, ein verhängnisvoller Rat, denn falls die mächtigsten unter den protestantischen Ständen nicht die Leitung übernahmen, wie sollte dann in dieser wichtigen Frage jemals etwas Ganzes ausgerichtet werden können?

Lähmend musste unbedingt eine solche Zaghaftigkeit auf den für die evangelische Sache erst halb gewonnenen Kurfürsten Friedrich von der Pfalz wirken. Auf seinen

---

14. Gerade auf dieses wichtige Moment wies Ulrich von Würtemberg nachdrücklich in seiner Instruktion für seinen Gesandten zum Naumburger Tage (Okt. 1545) hin. Sattler: Geschichte des Herzogtums Würtemberg unter der Regierung der Herzogen. Theil 3. Beilage 35.

Uebertritt zum schmalkaldischen Lager, welcher sich gerade in diesen Wochen anbahnte, werden wir später noch des näheren einzugehen haben; damals schon legte er die regste Teilnahme für seinen Kölner Mitkurfürsten an den Tag; Ende September hatte er eine persönliche Zusammenkunft mit ihm in Bacharach, er war der einzige auswärtige Stand, welcher sich auf dem so entscheidenden Landtage in Bonn (Dezember 1545) vertreten liess; aber eine leitende Stellung in dieser Frage vermochte er nicht einzunehmen, solange er noch ausserhalb des schmalkaldischen Bundes stand.

So lag denn wieder, wie schon so oft, die ganze Last der Verhandlungen auf den Schultern des Landgrafen, und treulich ihm zur Seite standen wieder einmal die oberländischen Städte.

Die ersten Abmachungen, welche Hermann zu einer gemeinsamen Operation mit den Schmalkaldenern durch Philipp hatte einleiten lassen, waren freilich ergebnislos gewesen; der Tag zu Naumburg, wo sich die beiden Bundeshäupter mit Moritz hatten treffen wollen, und zu dem auch der Erzbischof hatte mit erscheinen sollen, führte zu keinem Resultat wegen des Braunschweiger Feldzuges; in Eisenach, wo Johann Friedrich und Philipp vor Ausbruch dieses Krieges sich beredeten, kam auch die kölnische Sache zur Sprache: die beiderseitigen Räte vereinigten sich, Hermann ein Bedenken zuzustellen, wie er sich verhalten solle. Er selbst regte bei den schmalkaldischen Bundeshäuptern an, den in Worms beschlossenen Tag zu Frankfurt statt im Dezember schon im November zu halten, wogegen keiner von beiden etwas einzuwenden hatte,[15] wenn auch der Gedanke selbst wegen der Kürze

---

15. Philipp an Johann Friedrich Cassel. 1. X. 1545. Johann Friedrich an Philipp. Weimar 2. X. 1545. [W. A. Reg. H, No. 191. Vol. 6.]

der Zeit sich nicht verwirklichen liess. Am deutlichsten jedoch wird uns die Rührigkeit Philipps klar aus seiner Correspondenz mit den Strassburger Staatsmännern und Theologen: die Idee, welche alle seine Erwägungen und Entschliessungen leitet, ist, dass eine gewaltsame Auseinandersetzung auf die Dauer unvermeidlich ist. Deshalb ist es das Beste, man kommt durch einen unvermuteten Angriff dem Gegner zuvor. Sein Plan ist grossartig angelegt, er läuft in seinen letzten Zielen auf eine endgültig durchgeführte politische und religiöse Reformation hinaus; besonders richtet er sich gegen die Hierarchie: mit allen Bischöfen, welche sich der neuen Lehre nicht anschliessen wollen, soll kurzer Hand aufgeräumt werden.

Um aber dieses Ziel zu erreichen, ist ein einmütiges Auftreten sämtlicher evangelisch Gesinnter unbedingt erforderlich, vor allem darf man in der Bewilligung der Mittel nicht zu sparsam zu Werke gehen. Insbesondere darf der Kölner Erzbischof nicht im Stiche gelassen werden, da ein derartiges zaghaftes und unentschiedenes Auftreten nicht nur auf die Gegenpartei, sondern auch auf alle noch schwankenden Freunde den bedenklichsten Eindruck hervorrufen müsse.

Ungeteilten Beifall fanden diese Darlegungen bei Bucer, er trat dafür ein, Philipp zum Diktator zu ernennen; bedächtiger äusserte sich der Staatsmann Jakob Sturm: so wenig er im Prinzip gegen Philipps Ausführungen einzuwenden hatte, verhehlte er sich nicht, dass mit der augenblicklich noch bestehenden Bundesverfassung sich ein so gross angelegter Plan nicht verwirklichen lasse.

Gleichwohl war der Strassburger Rat nicht gemeint, unthätig der weiteren Entwicklung der Dinge im Kölner Erzstift zuzusehen; schon Anfang September hatte man beschlossen, den Städten die Adhärenz an die Appellation

Hermanns zu empfehlen, und fast von allen[16] oberländischen Städten noch im Laufe desselben Monats zustimmende Erklärungen erhalten; durch das günstige Ergebnis ermutigt, drängte der Rat den Landgrafen immer wieder, den Zusammentritt des Frankfurter Bundestages zu beschleunigen, da nur ein geschlossenes Auftreten sämtlicher Einigungsverwandten bei den Gegnern Erfolg haben konnte. Auch ferner blieb der Rat von diesem Geist kräftiger Initiative beseelt. Als er im Dezember seine Gesandten nach Frankfurt abordnete, da erhielten sie die ausdrückliche Instruktion mit auf den Weg, dahin zu wirken, dass man sich gefasst mache, Hermann mit militärischer Hülfe zuzuziehen, da friedliche Vorstellungen oder gar nur der Anschluss an die Appellation beim Kaiser nichts nützen würden; im Notfall sei der Rat bereit, ein Fähnlein Knechte ins Feld zu schicken, nur müsse die Unterstützung von Anfang an Aussicht auf Erfolg haben.

Unterdessen hatte im Erzstift Köln die Lage der Dinge einen immer bedrohlicheren Charakter angenommen. Die Gegenpartei war nicht müssig gewesen: Hermann hatte, seines guten Rechtes sich bewusst, und um den Zorn des Kaisers nicht unnötigerweise noch zu steigern, die kaiserliche Citation öffentlich anschlagen lassen; der ihm feindliche Klerus benutzte die Gelegenheit und begann von den Kanzeln herab gegen den Erzbischof zu hetzen. In Brüssel setzte man diesen Kampf fort: das Domkapitel in Köln brachte es dahin, dass nach einigen Schriften hin und wieder Hermann als Verbrecher des Wormsischen Ediktes und des Augsburger Abschiedes

16. Nach Strassburg III. S. 629 äusserten sich Nördlingen und Frankfurt etwas zurückhaltender; nach einem Briefe Philipps an Johann Friedrich Cassel. 25. XI. 45. [W. A. Reg. H. No. 195) waren es Nördlingen und Ravensburg. Letzteres ist Strassburg III. S. 629 als zustimmend angeführt.

ungeachtet der späteren Reichsgesetze hingestellt wurde, sowie dass den Abgesandten des Erzbischofs geantwortet wurde, die Appellation seiner Gegner sei eine gerechte.[17]

Gleichwohl liess der Kurfürst seine Versuche nicht fallen, auf friedlichem Wege die Lösung innerhalb seines Gebietes herbeizuführen oder wenigstens seine Gegner möglichst zu schwächen. Zu diesem Zwecke erschien er Mitte Oktober plötzlich in der Stadt Köln, um mit dem Rate zu verhandeln; dass er bei dieser Gelegenheit eine Unterredung mit seinem bedeutendsten Gegner, seinem früheren Ratgeber Johannes Gropper hatte, liess sich bei der ausgesprochenen Tendenz seines Besuches nicht gut umgehen.[18]

Wenn auch der Rat der Stadt Köln äusserlich immer wieder Dekrete erliess, welche gegen die Neuerungen gerichtet waren, so hatte doch selbst Karl zu seiner loyalen Gesinnung kein rechtes Vertrauen.[19] Nicht unbemerkt war geblieben, dass sich der Rat der Appellation der Widersacher Hermanns mit vollem Bewusstsein nicht angeschlossen hatte.[20]

Mit Unruhe wurde am kaiserlichen Hofe beobachtet, dass sich der Bürgerschaft eine gewisse Ermattung über die Streitigkeiten zu bemächtigen begann,[21] und dass

17. Leva: storia documentata di Carolo V in correlazione all' Italia Bd. IV. S. 45. Anm. 1.

18. Görresjahrbuch VII S. 392 ff. Schwarz: Römische Beiträge zu Johann Groppers Leben und Wirken.

19. Ennen: Geschichte der Stadt Köln Bd. IV S. 491 f.

20. B. A. Rep. XIII. 6. „Ungeferliche verzeichnuss der werbung“ etc. von Hermann an Joachim v. 21. IX. 45. „und obwol ain Raith der stat Cöln sich ihres gsten Herren widersacher appellation aussdrucklich nicht angehangen“, cf. auch Deckers S. 362. Instruction an den Rat von Köln. (Januar 1546.)

21. Görresjahrbuch VII. S. 395. Anm. 1.

man den Frzbischof gerne innerhalb der Mauern gesehen hatte.[22] Diese Stimmung wird Hermann nicht verborgen geblieben sein, auch unter den Ratsherren scheint er Anhänger gehabt zu haben, sodass sein Besuch, der plötzlich angesagt wurde, auf keinen Widerstand stiess, ja sogar mit einer grösseren Festlichkeit gefeiert wurde.

Nach aussen hin wurde der Besuch damit motiviert, dass Hermann eine Kriegsmaschine für Herzog Heinrich von Braunschweig besichtigen wollte. Ueber die Verhandlungen selbst sind wir gar nicht genauer unterrichtet, da die Ratsprotokolle schweigen; die Besprechungen wurden im tiefsten Geheim gehalten und scheinen für den Erzbischof nicht ganz ungünstig ausgefallen zu sein, wenigstens zeugt dafür die gedrückte Stimmung der Gegenpartei und die Unsicherheit, in welcher sie sich in Betreff des Ergebnisses befand.

Als Episode haben wir die Unterredung Hermanns mit Gropper[23] anzusehen, in welcher der Kurfürst den

---

22. Druffel IV. S. 508.

23. Dem Bericht Groppers an Jodokus (s. Seite 24, Anm. 18), über seine Unterredung selbst müssen wir mit der grössten Vorsicht gegenüber treten, da er mehrere innere Unwahrscheinlichkeiten enthält. Schon die Ueberraschung Groppers über den Wunsch Hermanns, persönlich mit ihm zu reden, ist nicht recht glaublich, da erstens eine derartige Absicht schon früher immer bestand, und besonders da Hermann alles daran liegen musste, diesen gefährlichsten Gegner, wenn nicht ganz auf seine Seite zu ziehen, so doch zum Schweigen zu bringen. Sodann kann man unmöglich annehmen, dass Hermann sich so überaus ungeschickt verteidigt hat, wie es der Bericht darzustellen sucht, besonders dass er auf die Entgegnung Groppers, er stehe in gar keiner Beziehung zu der Berufung der evangelischen Prediger und vornehmlich Bucers, stillgeschwiegen habe, nachdem kurz vorher — Mai 1545 — die Streitschrift Bucers gegen Gropper erschienen war, in welcher er die belastendsten Zeugnisse gegen dessen Behauptung in Gestalt von

Versuch gemacht haben soll, diesen seinen erbittertsten Gegner für seine Sache umzustimmen, oder wenigstens, wie Gropper meinte, ihn in öffentlicher Diskussion mundtot zu machen, um so auf die Haltung des Rates Einfluss auszuüben.

Trotzdem auch dieser ganze Versuch von direktem praktischen Erfolge nicht begleitet war, war doch die Lage des Erzbischofs und seiner Anhänger noch lange keine verzweifelte, viel häufiger treffen wir bei der Gegenpartei auf Zagheit und Mutlosigkeit. Hier fehlte es an dem nötigen Gelde, man war empört über die Langmut des Kaisers, der noch immer nicht zum entscheidenden Schlag ausholte. Allenthalben regte es sich zu Gunsten Hermanns; in Neuss erhob sich das Volk gegen den Rat, welcher als einziger von den linksrheinischen Städten seine Bedenken gegen eine Adhäsion geäussert hatte;[24] in dem zur Diöcese Köln gehörigen Herzogtum Westfalen schrieb Hermann einen Landtag aus, um die dortigen Stände zur Adhärenz an seine dem

---

dessen eigenen freundschaftlichen Briefen an Bucer abgedruckt hatte. Bedenken erregen muss auch die Notiz Groppers, dass Hermann sich seinem Bedauern über die Veröffentlichung der Beschlüsse des Provinzialconcils vom Jahre 1536 angeschlossen habe. So gerechtfertigt auch Groppers Bedauern gewiss gewesen ist (cf. Varrentrapp: Hermann von Wied S. 78ff.), für Hermann lag nach den Ereignissen der letzten Jahre kein Grund zu solch' zarter Rücksichtnahme auf den päpstlichen Stuhl mehr vor. Nach allem diesem werden wir den Bericht Groppers als historische Quelle gering anschlagen müssen, interessant ist er vom psychologischen Standpunkt aus als wertvoller Beitrag zur Charakteristik des Verfassers der „Wahrhaftigen Antwort". Somit wird man dem Urteil von Schwarz, dessen Commentar zu dem Bericht überhaupt tendenziös gefärbt tst, „der Leser bleibt nicht im Zweifel, wem er den Preis zuerkennen soll" (S. 395), nicht beipflichten können.

24. Görresjahrbuch Bd. VII, S. 407. Drouven S. 303.

Kaiser demnächst vorzulegende Appellation zu vermögen; wenn ihm dies auch nicht sogleich gelang — wie es scheint durch Intriguen des Kölner Domkapitels[25] —, so war die Stimmung für seine Sache doch günstig: er durfte mit Recht auf die Zukunft sich vertrösten.

Am wichtigsten aber war sein jetzt energisch betriebener offener Anschluss an den schmalkaldischen Bund. Schon in Naumburg war Hermann aufgefordert worden, da, wie erwähnt, die dortigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten, sich an den Beratungen des Frankfurter Tages zu beteiligen. Am selben Tage, an welchem die übrigen evangelischen Stände berufen wurden, erging auch an ihn das Ausschreiben der Bundeshäupter: zum 13. Dezember solle er seine Räte abfertigen, „damit sie uf die vorige vertreueliche antzaige und handellungen, auch was sonsten der notturft sein wil, neben den andern erwegen und darin endtlichen schliessen helfen mugen.“[26] In welche Beziehungen man den Erzbischof zum Bunde bringen wollte, darüber konnte noch nichts festgesetzt werden, da ja der weitere Bestand desselben gerade von dem Ergebnis der Verhandlungen in Frankfurt abhängig war; es wurde der Vorschlag laut, ihn in eine Stellung, die derjenigen des Königs von Dänemark ähnlich war, zum Bunde zu bringen.

Bevor Hermann den folgenschweren Schritt that, als erster geistlicher Kurfürst sich offiziell der Oppositionspartei anzuschliessen, fühlte er das Bedürfnis, sich noch einmal des Einverständnisses seiner weltlichen Stände zu versichern, um desto entschiedener mit seinen Vorschlägen

---

25. Berliner Bibliothek (Mr. Borussica nr 846 Bd. I. f. 174: Afterdechant etc. an das Domkapitel und Domstift in Münster. 23. XI. 1545. —

26. W. A. Reg. H. No. 196. Vol. 9.—20. X. 1545. „Wie der Ertzbischof zu Collen auf den 13. Dezembris gegen Franckfurt seiner c. f. g. rethe zuschicken beschrieben.“

auftreten zu können, er berief deshalb den Landtag auf den 9. Dezember nach Bonn, ohne freilich in seinem Ausschreiben des Frankfurter Tages Erwähnung zu thun.

Die Art, wie er den Landtag ausschreiben liess, war das letzte und einzige Mittel, die Gegenpartei zu den Beratungen hinzuziehen: er musste freilich jeden Domherrn einzeln auffordern lassen, da er sonst der Gegner Versammlung in Köln als rechtmässiges Kapitel anerkannt hätte. Andererseits aber vermied er, ohne einen solchen Versuch gemacht zu haben, sich auf sein Recht zu steifen und durch den Antrag der drei übrigen Stände die Berufung des Landtages durch den Erbmarschall des Stifts zu erzwingen.[27] Allerdings der endgültige Conflikt wurde durch das Bemerken angekündigt, dass auch ohne Anwesenheit der Kölner Domherren die in Bonn gefassten Beschlüsse rechtsfähig seien.

Wie zu erwarten, erschien die Gegenpartei nicht, liess sich auch nicht durch eine eigene Gesandtschaft aus ihrer feindlichen Stellungnahme herauslocken, vielmehr wandte sie sich beschwerdeführend an den Kaiser, wobei sich der erste deutsche Jesuit, Canisius,[28] durch heftiges Agitieren besonders hervorthat; auf sein Betreiben wurde

---

27. Drouven S. 4f. Walter: Das alte Erzstift und die Reichsstadt Köln. S. 44f sowie S. 391, Punkt 16 der Erblandsvereinigung v. 26. III. 1463. — „Item: Desgelichen, off sache were, dat Edelmanne, Ritterschaft ader Stede, semetlichen ader insonderheit von dem Capittell umb redeliche ursache, begerden, auch in maissen vurss. bey eyn zu komen; dat sall yn dat Capittel nyet weigern, und off dat also geweigert wurde, das doch nyet synen sall. So sall eyn Erffmarschalck des Stichts van Collne die macht haven, yn gelicher maissen zu doyn; desselben der marschalck nyet weigern noch vertzoch machen sall".

28. Braunsberger: Beati Petri Canisii epistulae et acta Bd. I S. 164ff.

Hermann jegliche Unterhandlung über die streitigen Punkte vor dem Zusammentritt des nächsten Reichstages verboten und er aufgefordert, schon gefasste Beschlüsse zu cassieren; praktisch war dieser Befehl ohne Wert, da er erst nach Schluss der Tagung einlief.[29]

Auch die schmalkaldischen Stände sowie andere Anhänger der neuen Lehre hatte Hermann aufgefordert, sich auf dem Landtage vertreten zu lassen; wegen der Kürze der Zeit und wegen der bevorstehenden Frankfurter Versammlung war es aber nur Kurfürst Friedrich von der Pfalz möglich, dem Rufe Folge zu leisten, was auf die reformfreundliche Haltung der weltlichen Stände nicht ohne Einfluss blieb[30] und ihm am kaiserlichen Hof recht übel vermerkt wurde.

In den Verhandlungen selber stellte sich eine völlige Uebereinstimmung zwischen dem Erzbischof und den drei weltlichen Ständen in allen Massnahmen innerer und äusserer Politik, besonders in dem Reformationswerk, heraus. Gegenüber den Angriffen von geistlicher Seite vereinigte man sich zu einem grossartigen Vertrauensvotum für Hermann und fügte das Gelöbnis hinzu, den Landesherrn in seiner gefährlichen Lage nie und nimmer verlassen zu wollen. Daneben wurde der Domdechant und seine Mitkapitulare gegen die Beschwerden des Afterdechanten und seiner Genossen kräftigst in Schutz genommen und ihr Verhalten in allen Punkten gebilligt. Gleichwohl hielten sich die weltlichen Stände nicht für

---

29. Karl an Hermann und das Erzstift Köln. 8. XII. 1545. — (Herzogenbusch).

30. Die kursächsichen Räte an Johann Friedrich. Frankfurt 22. XII. 1545. Friedrich hat in Bonn dahin fördern helfen, „das alle landtstende, nemlich etzliche und die furnembsten vom hochthumbcapitel, alle grafen, die ganze Ritterschaft und die Landschaft Ihrer churf. gnaden christenlichen appellation untherschrieben und adherieren wollen". W. A. Reg. H. No. 196. Vol. 3.

befugt, ein Urteil darüber abzugeben, welches Kapitel das rechtmässige und gesetzliche sei.

Aus den Verhandlungen selber hebe ich nur den auf die Bitte Hermanns gefassten und in den Landtagsabschied aufgenommenen Beschluss hervor, einen ständigen Ausschuss nach Bonn zu berufen, u. a. mit der Bestimmung, wegen der gefährlichen und geschwinden Zeitläufte alle Dinge in Rüstung zu halten und über die Hülfsquellen zur Verteidigung des Landes Erkundigungen einzuziehen; es ist nicht unmöglich, dass dies auf eine Anregung des Landgrafen hin geschehen ist, da er schon früher Bedenken geäussert hatte an einer grossen Widerstandsfähigkeit des Landes; sodann wurde ebenso einmütig beschlossen, den Bundestag der Schmalkaldener in Frankfurt zu besuchen, um dort über ein gemeinsames Vorgehen aller evangelischen Stände zu Gunsten Hermanns zu beraten.

Mit diesen Beschlüssen war der Bruch vollständig geworden, die feindselige Stimmung der weltlichen Stände dokumentiert sich am deutlichsten in einem ferneren Beschluss, zur Erlegung von 80 000 Goldgulden Türkensteuer die Geistlichkeit mit heranzuziehen und über ihre Güter und deren Wert ein Verzeichnis aufsetzen zu lassen, eine Massregel, welche, wenn sie streng durchgeführt und das Ergebnis bekannt gegeben wurde, die Erbitterung im Volk gegen den Klerus nur noch steigern musste.

Für Hermann kam es jetzt darauf an, sich das Vertrauen seiner neuen Bundesgenossen durch umfassende Rüstungen zu erwerben, für die Schmalkaldener durch eine entschiedene Haltung dem neuen Freunde Zutrauen zu ihrer Sache einzuflössen: wenn beides gelang, so war zu hoffen, dass der Kaiser auf den so verstärkten Bund grössere Rücksicht nehmen würde, besonders da in der



unmittelbaren Nähe des Kölner Erzstiftes, im Erzbistum Mainz infolge einer Neuwahl eine weitere Verbreitung des protestantischen Einflusses einzutreten drohte.

Kapitel III.

Die Mainzer Bischofswahl.

Am 24. September 1545 starb der Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Kardinal Albrecht II. von Brandenburg, ein Ereignis, an welches die weitgehendsten Hoffnungen und Befürchtungen seit langem schon geknüpft wurden. Seit Monaten war man darauf gefasst gewesen,[1] im stillen waren schon von beiden Parteien alle Hebel eingesetzt worden, im entscheidenden Moment zur Stelle zu sein, um die Wahl eines genehmen Nachfolgers herbeizuführen.

Der Kaiser hätte am liebsten eine ihm ganz ergebene Persönlichkeit auf diesen wichtigsten Bischofssitz Deutschlands gebracht, am meisten hätte ihm der Kardinal von Augsburg, Otto von Truchsess-Waldburg zugesagt, welcher alle Bedingungen erfüllte, die an einen geistlichen Kurfürsten unter so schwierigen Verhältnissen und in so gefährlicher Zeit gestellt werden mussten. Wie Karl gewohnt war, alle seine politischen Massnahmen unter dem Gesichtswinkel seiner europäischen Stellung aufzufassen, so sollte ihm die Besetzung dieses Bischofsstuhles nur einen weiteren Schritt dem Endziele näher führen, den deutschen Fürstenstand in völlige Abhängigkeit von der kaiserlichen Autorität

1. Johann Friedrich an Dr. Brück. 3. IV. 45. (W. A. Reg. H No. 194).

zu bringen. Jetzt bot sich ihm ein grossartiger Ausblick dar, über die drei rheinischen Bistümer, überhaupt über den ganzen Westen Deutschlands, seine Oberherrlichkeit auszudehnen; ob er den geistlichen Gebieten schon damals das Schicksal Utrechts zugedacht hat, lässt sich nicht klar erkennen, aber eine konsequente Weiterbildung musste bei dem Ideengang des Kaisers zu diesem Ziele führen: des Erzbischofs von Köln, der zugleich Herzog von Westfalen war, Stellung war auf die Dauer verwirkt, nur der Zeitpunkt seiner Bestrafung stand noch nicht fest; der Erzbischof von Trier war totkrank,[2] derjenige von Mainz eben gestorben. So ist es kein Wunder, dass der Kaiser alle Hebel in Bewegung setzte, durch die Einsetzung eines ihm ergebenen Kirchenfürsten seinen noch fernen Zukunftsplänen eine sichere Grundlage zu geben.

Wir können diese Gedanken noch weiter verfolgen: in Münster begann Bischof Franz reformatorische Neigungen zu zeigen, beharrte er dabei, so musste auch er fallen; in Bremen hatte ein treuer Parteigänger des kaiserlichen Hauses, Christoph von Braunschweig, ein Bruder Herzog Heinrichs, das Bistum inne. Nehmen wir hinzu, dass die weltlichen Fürsten in jenen Gegenden vom Kaiser gänzlich abhängig waren, so stand zu befürchten, dass der gesamte Westen Deutschlands unter direkten habsburgischen Einfluss geriet. In wie hohem Masse dadurch Karls Stellung zu Frankreich zu seinen Gunsten verändert wurde, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

Das grösste Entgegenkommen fand der Kaiser mit seinen Absichten auf dem Mainzer Stuhl bei der Kurie:

2. Ueber Praktiken des Kaisers im Erzstift Trier vergl. Neudecker: Akten S. 649. „diese practik soll von den Kaiserlichen darumb furgenommen werden, damit sie diesen Stifft per Indirectum auch an das Haus zu Burgundt bringen". — (Die hessischen Räte an den Landgrafen 11. I. 1546. Die Nachricht fusst auf vertraulichen Angaben Hermanns von Wied.)

dort scheint man sich nicht über die schliesslichen Folgen klar gewesen zu sein, sondern nur das Nächstliegende, für den Augenblick auch das Wichtigste, im Auge gehabt zu haben: auf alle Fälle zu verhindern, dass diese geistlichen Gebiete unter protestantischen Einfluss gerieten.

Viel mag freilich auch die Persönlichkeit des Kardinals von Augsburg dazu beigetragen haben, dass man in Rom dieser Wahl so sympathisch gegenüber stand. Man kann ihn mit Recht als denjenigen geistlichen Reichsfürsten bezeichnen, welcher in damaliger Zeit die grösste, von innerster Ueberzeugung getragene Ergebenheit für den römischen Stuhl an den Tag legte; in Italien erzogen, stand er mit hohen italienischen Geistlichen in freundschaftlichen Beziehungen; er war tief durchdrungen von der Notwendigkeit, das päpstliche Prinzip in Deutschland wieder zur unbestrittenen Geltung zu bringen; eine ernste, entschlossene, thatkräftige Natur, die nicht geneigt war, auf halbem Wege stehen zu bleiben, im Bunde mit dem Beichtvater Soto der eifrigste Befürworter eines Protestantenkrieges, ein überzeugter Anhänger zugleich der Kaiseridee eines Karls V., dessen vollstes Vertrauen er damals besass; wir finden, dass er der einzige Deutsche war, welcher zu den tief geheimen Verhandlungen des Kaisers mit der römischen Kurie im Sommer 1545 hinzugezogen wurde.

Wie Albrecht selber zu der Wahl stand, wissen wir nicht; seine intimen Beziehungen zu dem Jesuiten Faber, der ein guter Bekannter Ottos war, lassen eine Verwendung für ihn nicht ausgeschlossen sein, besonders da Karl V., die Geldverlegenheit des prachtliebenden Kirchenfürsten geschickt benutzend, ihm eine jährliche Rente von 10 000 scudi aus spanischen Einkünften hatte versprechen lassen, wenn er die Wahl Ottos zum Coadjutor cum iure succedendi befördere.

Schon vom rein militärischen Standpunkt aus, im Hinblick auf den langgeplanten Protestantenkrieg, musste



Karl die Besetzung des Mainzer Stuhles mit einem ergebenen Anhänger wünschen: es ging ihm sonst die Verbindung verloren, welche das Mainzer Erzbistum zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen den niederländischen und österreichischen Besitzungen der Habsburger gebildet hatte, ein um so härterer Schlag, als Karl aus begreiflichen politischen Erwägungen gezwungen war, von Süddeutschland aus den Krieg gegen die Schmalkaldener zu beginnen, er mithin fürchten musste, von seinen reichen niederländischen Besitzungen abgeschnitten zu werden.

Vom politischen Standpunkt aus war eine protestantenfreundliche Besetzung des Mainzer Stuhles schon wegen der Stimmenverteilung im Kurfürstenkolleg für die katholische Partei eine schwere Niederlage: bisher waren Mainz und Trier neben König Ferdinand die für den Katholicismus einzig zuverlässigen Stimmen gewesen; auf Köln war vorläufig gar nicht mehr zu rechnen, Pfalz bahnte gerade damals seinen Uebertritt ins protestantische Lager an; wäre die mainzische Stimme auch noch verloren gegangen, so wäre im vornehmsten Reichstagskollegium die kaiserliche Politik völlig unterlegen gewesen.

Aber auch die Protestanten mussten auf ihrer Hut sein: denn alles, was der Kaiser hier zu verlieren hatte, das musste ihnen als Gewinn zufallen. Zudem sahen sie, wie offenkundig der Kaiser darauf ausging, ihren Machtkreis einzuschränken, wie er im Kölner Erzstift jede Regung von Selbständigkeit niederzudrücken trachtete. Es war für sie eine Frage der Selbsterhaltung, dem kaiserlichen Ansehen, wo sie konnten, Abbruch zu thun.

Sehr interessant gestalteten sich somit die gegenseitigen Bemühungen, zum Ziele zu gelangen: auf der einen Seite Kaiser und Papst mit dem gesamten katholischen Klerus und Fürstenstand Deutschlands, auf der anderen Seite eigentlich nur der Landgraf, neben ihm,

bedächtig und zurückhaltend, Kurfürst Friedrich von der Pfalz.

Von Philipp wurden die Verhandlungen geführt durch den Ritter Hatstein, seinem ständigen Agenten in Mainz, und durch den Specialgesandten Alexander von der Thann, den Oberamtmann zu Darmstadt, den Bruder des kursächsischen Rates Eberhard von der Thann; durch ihn wurde die kursächsische Regierung vermittelst privater[3] brieflicher Mitteilungen über den jeweiligen Stand der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten.

Noch zu Albrechts Lebzeiten, als jedoch keine Hoffnung für sein Aufkommen mehr bestand, suchte der Landgraf sich mit dem Kurfürsten Friedrich von der Pfalz über die Person des zukünftigen Erzbischofs zu verständigen,[4] da er gehört habe, dass man damit umgehe, „eines grossen potentaten oder eines anders aus frembder nation sohn" zum Coadjutor und hernach zum Bischof zu machen;[5] wenn ein solcher Ausländer Kurfürst werde, würden sie in der erfolgreichen Beilegung ihrer nicht geschlichteten Irrungen mit Mainz behindert werden. Von dem religiösen Moment ist wohlweislich dem noch unsicheren Pfalzgrafen gegenüber vorläufig gar nicht die Rede. Wenn Friedrich eine günstige Antwort giebt, soll von der Thann vorschlagen, an das Mainzer Domkapitel eine gemeinsame Botschaft zu schicken und demselben Belassung bei seiner freien Wahl kraft der rheinischen Einigung[6] zuzusichern und dasselbe

---

3. Eb. v. d. Thann an Johann Friedrich. 6. IX., 29. IX., 5. X. Johann Friedrich an Eb. v. d. Thann, 2. X. 1545. [W. A. Reg. H. No. 193.]

4. Das Folgende, wenn „M. A." citiert, aus dem Fascikel: Mainz 1540—45. —

5. Instr. für Alex. v. d. Thann. Fridwald, den 25. VIII. 1545 (M. A.).

6. Vom Jahre 1532 zwischen Mainz, Pfalz, Trier, Würzburg

aufzufordern, in Bethätigung dieser freien Wahl aus seiner Mitte einen neuen Bischof zu wählen.

Inzwischen war der Kaiser nicht unthätig gewesen: wir hören, dass einer seiner Kommissare, Lorenz von Altensteig,[7] sich seit einiger Zeit in Mainz häuslich niedergelassen hatte, mit den Domherren in gastlichen Verkehr getreten war, und dass einige derselben für seine Geldzuwendungen nicht unzugänglich geblieben waren.[8]

Unterdessen war von anderer Seite dieselbe Angelegenheit auch schon in Fluss gebracht worden: Hermann von Köln hatte sich an seinen Mitkurfürsten Friedrich von der Pfalz gewandt und ihn in derselben Frage zu einer Zusammenkunft in Bacharach auffordern lassen. Jedoch da ein solches Zusammentreffen auffallen musste und Aussicht auf Erfolg nur sein konnte, wenn die ganze Sache möglichst geheim betrieben wurde, so hatte man die Besprechung bis zu einem Familienfest im Hause des Landgrafen verschoben, besonders da dann Philipp unauffällig mit hinzugezogen werden konnte.[9]

Alle Verhandlungen über die Wahl eines Coadjutors wurden überflüssig gemacht durch den am 24. September, Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, erfolgten Tod Albrechts. Während der Sedisvakanz übernahm das Domkapitel die Regierung.

---

und Hessen auf 20 Jahre geschlossen. Die Bundesurkunde gedruckt. Spiess: Geschichte des kaiserlichen neunjährigen Bunds von 1535—44, S. 50ff.

7. Von anderen wird er als Agent Ferdinands bezeichnet.

8. Eb. v. d. Thann an Johann Friedrich. 29. IX. 45. (W. A. Reg. H. No. 193.) Alex. v. d. Thann an Philipp. 19. IX. 45 [M. A.].

9. Alex. v. d. Thann an Philipp. 19. IX. 45 [M. A.]. Eb. v. d. Thann an Johann Friedrich. 5. X. 1545. (W. A. Reg. H. No. 103.)



Hatstein begab sich sofort zu den Domherren und trug ihnen seiner Instruktion[10] zufolge Philipps nachbarliches Erbieten vor. Unter der Hand hatte er bereits alles so geleitet, dass, nach seiner Ansicht, nur Sebastian Heusenstamm als Kandidat in Betracht kommen konnte, der dem Landgrafen ein guter Nachbar sein werde. Gleichwohl sei es nicht unangebracht, wenn Philipp schriftlich oder mündlich durch einen Spezialgesandten auf seine Wünsche, mit ausdrücklicher Benennung Heusenstamms, aufmerksam mache.[11]

In Befolgung dieses Ratschlages beorderte Philipp am 3. Oktober Alexander von der Thann zum Domkapitel und liess den Domherren vorhalten, unter ihnen seien ja sehr viele tüchtige Leute, jedoch Heusenstamm[12] werde ihm als zukünftiger guter Nachbar ganz besonders gerühmt; deshalb möchten sie diesen wählen. Begründet wurde die Einmischung in diese ganz internen Bistumsangelegenheiten mit Philipps Stellung als Erzmarschall des Stifts. Unterdessen war eine für die Protestanten ungünstige Wendung dadurch eingetreten, dass der Pfalzgraf sich von einem gemeinsamen Vorgehen zurückgezogen hatte, der Landgraf also gegenüber den vielen ihm entgegenstehenden Gewalten auf sich selbst und auf den Einfluss angewiesen war, den seine benachbarte Lage auf das Domkapitel auszuüben vermochte.

Ueber die Gründe Friedrichs sind wir nicht unterrichtet: vielleicht dass er fürchtete, durch einen Bund mit dem Landgrafen beim Kaiser in Misskredit zu kommen, vielleicht auch dass er besorgte, bei einem Zusammengehen mit Philipp allzu sehr trotz seiner höheren kurfürst-

---

10. Nicht vorhanden.

11. Hatstein an Philipp. 26. IX. 45. pr. 3 (!) Sept. 45. [30. IX. oder 3. X.] M. A.

12. In den Dokumenten wird er stets Heusenstein genannt.

lichen Würde von diesem ins Schlepptau genommen zu werden, wie er denn auf die würdige Wahrung seiner äusseren Stellung stets sehr bedacht war; möglich auch, dass Friedrich sich zu nichts binden wollte, bevor der Besuch[13] des Kardinals von Augsburg hinter ihm lag, der kurz vor der Wahl stattfand. Kurz, er schrieb Alexander von der Thann, der nach dem Tode Albrechts wieder mit ihm hatte anknüpfen wollen, rundweg ab: er halte nicht für nötig, zum Kapitel zu schicken.[14]

Gleichwohl war er nicht geneigt, ganz zurückzutreten: er handelte auf eigene Faust. Philipp, der ihn am 6. Oktober selbst zur Mitwirkung aufgefordert hatte, antwortete er am 12. ebenfalls in gleichem Sinne: er lehnte eine Einmischung mit der schwachen Begründung ab, er habe freie Wahl versprochen, auch könne man dadurch Heusenstamm mehr schaden als nützen; jedoch werde er kurz vor dem Wahlaktus einen seiner Räte nach Mainz schicken, um die Intriguen der Gegner zu überwachen und zu vereiteln.[15]

Ueber die inneren Verhältnisse im Domkapitel selber sind wir zu wenig unterrichtet, um irgendwie betreffs der Stimmenverteilung nach der einen oder anderen Seite hin

---

13. Friedensburg: Nuntiaturberichte I, Bd. VIII, S. 390; vergl. dazu Masarelli S. 141, wo die Nachricht von diesem Besuche, hier wohl nur von der Absicht eines solchen, am 19. Oktober via Brüssel in Trient anlangte; vergl. auch Lenz III, S. 361, Anm. 1. — Anhaltspunkte für ein Itinerar Ottos in diesen Wochen bietet Duhr: Quellen zu einer Biographie des Kardinals Otto von Truchsess-Waldburg (Histor. Jahrbuch der Görresgesellschaft Bd. XX. S. 73 u. 74).

14. Friedrich an Alex. v. d. Thann. 38. IX. 45. Heidelberg [M. A.].

15. Friedrich an Philipp. 12. X. 45; pr. 23. X. 45. [M. A.] Der Inhalt dieses Briefes war am 18. X. Alexander von der Thann schon bekannt, vielleicht dass Friedrich diesem eine Kopie zugeschickt hat oder dass der Agent Friedrichs in Mainz ihn von dem Inhalt verständigt hat.

zu festen Ansichten gelangen zu können. Es scheint jedoch eine entschieden protestantenfreundliche Richtung vorgewaltet zu haben, denn sonst hätte eine solche Wahl bei den mächtigen Gegenströmungen von aussen her nicht erfolgen können. Die einzige Persönlichkeit aus dem Domkapitel, welche etwas schärfer umrissen hervortritt, ist der Hofmeiser Eberhard Rude; damals stand er in engstem Einvernehmen mit den hessischen Unterhändlern; durch ihn flossen ihnen Nachrichten über die Stimmung der Domherren zu, er machte sie bekannt mit den Intriguen der Gegner. Wie die ferneren Ereignisse zeigen, hat er die Wahl Heusenstamms nur deshalb begünstigt, um später im Trüben fischen zu können. Er sah in Sebastian eine unbedeutende Persönlichkeit, auf die er hoffte massgebenden Einfluss ausüben zu können; als ihm dies misslang, wurde er ein eifriger Gegner seiner früheren Bundesgenossen, speziell des Landgrafen, welcher freilich Heusenstamm immer wieder Selbständigkeit seinen untergebenen Dienern gegenüber anempfohl.

Auch über die Bemühungen des Kaisers sind wir im Einzelnen wenig unterrichtet; mit allen Mitteln arbeitete er daraufhin, seinen Kandidaten durchzubringen; persönlich wandte er sich an das Domkapitel, sowie an jeden einzelnen Domherrn; dasselbe musste sein Bruder Ferdinand thun; wenn der Kardinal von Augsburg nicht gewählt werden könne, so sollte man den Dechanten des Stifts, einen Greis von ungefähr 80 Jahren, wählen, der zudem noch durch verwandtschaftliche Beziehungen unter dem Einfluss des römischen Königs stand.[16]

---

16. Am Hofe in Brüssel sprach man davon, er beabsichtige den 2. Sohn Ferdinands zu dieser Würde erhoben zu sehen. (St. p. X. S. 613.) Bei den Verhandlungen selber kommt er gar nicht in Frage; auch Rommel: Philipp der Grossmütige. Bd. I. S. 498 erwähnt dieses Gerücht. Ueber einen anderen Kandidaten vergl. Friedensburg: Nuntiaturberichte I, Bd. VIII, S. 390.

Hand in Hand mit den beiden habsburgischen Brüdern ging man in Rom, nur dass man dort noch stürmischer auf das Ziel loszugehen trachtete als in Brüssel: man erwog ernstlich den Plan, ob man nicht kraft päpstlicher Machtvollkommenheit über das Domkapitel hinweg Otto zum Erzbischof ernennen sollte, liess diese Absicht jedoch bald wieder fallen, da man vermeiden wollte, durch ein solch' schroffes Vorgehen den gesamten auch den katholischen Fürstenstand Deutschlands zu beleidigen.

Je näher der Wahltag rückte — Anfang des Monats war er auf den 20. Oktober festgesetzt worden, — um so mehr Vertreter katholischer Fürsten fanden sich ein; der Kaiser[17] sandte neben den offiziellen Wahlkommissaren, welche ihn zu vertreten hatten, seinen Vize-Kanzler Naves und Asmus von Könneritz,[18] König Ferdinand einen Grafen Lodron und den Vize-Kanzler Dr. Jonas;[18a] Herzog Wilhelm von Baiern den Dr. Braun, Kanzler zu Landshut. Der Kardinal von Augsburg war bis Oppenheim herangekommen, um, falls er aus der Urne hervorgehen sollte, sogleich zur Stelle zu sein.[19]

Am Tage vor der Wahl lief noch vom Papst ein Schreiben ein, in welchem er, da er keinen besseren wisse, und um zu verhindern, dass ein lutherisch Gesinnter gewählt werde, sich eifrigst für Otto verwandte,[20] in Trient wurde durch die Präsidenten des Konzils in einem feier-

---

17. Vergl. für das Folgende: Alexander v. d. Thann an Philipp. 20. X. 1545. M. A.; — auch die beiliegenden Zettel.

18. Gachard (S. 108) nennt nur Naves.

18a. Vergl. über ihn: Winckelmann: Sleidan und seine Kommentare. (Zeitschr. für Geschichte des Oberrheins N. F. Bd. XIV S. 572 ff.)

19. Lenz II. S. 361. Anm. 1.

20. Massarelli S. 135, S. 138, S. 145.

lichen Hochamt der Segen des Himmels für seine Wahl herabgefleht.[21]

Demgegenüber hatten die Vertreter des Landgrafen einen schweren Stand: es scheint, als ob sie es nur der Unterstützung Eberhard Rudes zu verdanken gehabt haben, wenn sie in ihren Bemühungen nicht gescheitert sind. Trotz dieser Bundesgenossenschaft musste mit der grössten Behutsamkeit zu Werke gegangen werden, da im Domkapitel der Plan entstanden war, die Bemühungen Philipps dadurch zu nichte zu machen, dass man ein Statut aufstellte, wer von den Kandidaten mit Namen genannt werde, solle von der Wahl ausgeschlossen sein. Alexander von der Thann konnte vom Domkapitel nur soviel als Antwort auf seine Werbung erhalten, dass man daran denken wolle, dass Philipp Erzmarschall des Stiftes sei, und dass man ein Mitglied des Domkapitels wählen wolle, im ganzen ein guter Bescheid, um so mehr als die Hervorhebung von Philipps Stellung zum Stift nicht von ihm, sondern von etlichen Domherren ausgegangen war.[22]

Günstig traf es sich, dass Friedrich von der Pfalz wirklich jenen oben angekündigten Rat zur Beobachtung der Intriguen von seiten der gegnerischen Partei nach Mainz abgesandt hatte; es war Wolf von Affenstein;[23] er schloss sich den Agenten Philipps und Eberhard Rude in seinem Vorgehen an.

In den letzten Tagen vor der Wahl beginnt ein heftiges Agitieren gegeneinander: über die einzelnen Stadien sind wir nicht unterrichtet, da die Verhandlungen mit den Domherren mündlich geführt sein dürften. Die

---

21. Massarelli S. 138. — Ueber die Praktiken der kaiserlichen Partei vergl. das sehr interessante Gespräch Massarellis mit Madruzzo, dem Bischof von Trient. (Massarelli S. 149ff.)

22. Alex. v. d. Thann an Philipp. 18. X, 45. M. A.

23. cf. über ihn Lenz II. S. 60 u. Strassburg III. S. 226.

kaiserlichen Gesandten merkten sogleich, dass der Kardinal von Augsburg keine Aussicht habe; sie liessen ihn fallen und drangen nur auf freie Wahl; dasselbe thaten die Vertreter Ferdinands: nur die Baiern suchten mit ausdrücklicher Namennennung für ihren Kandidaten Stimmung zu machen.[24] Daneben erinnerten von der Thann und seine Freunde an die früher erhaltenen Versprechungen.

Die ganze Wahl selber war nur ein abgekartetes Spiel: um dem Kaiser in etwa entgegen zu kommen, einigte man sich, zunächst den Dechanten zu wählen, der aber wegen seines hohen Alters dankend ablehnte. Bei der nun folgenden zweiten Wahl gab er als erster seine Stimme Sebastian von Heusenstamm; seinem Beispiel folgten die übrigen Domherren einmütig.[25]

Das Ergebnis war ein unmittelbarer Sieg der protestantischen Partei, da es ihr gelungen war, den Einfluss des Kaisers völlig zur Seite zu drängen. Ob freilich der Vorteil sich ausnutzen lassen werde, lag zunächst in der Persönlichkeit des neuen Erzbischofs begründet: seine Jugendbeziehungen weisen auf Hessen hin,[26] man erzählte sich sogar, er sei am Hofe Philipps erzogen worden;[27] er hatte die 40er Jahre noch nicht überschritten,[28] war aber

---

24. Alex. v. d. Thann an Philipp. 20. X. 45. M. A. Vergl. das Kondolenzschreiben des Herzogs von Baiern zu Albrechts Tod, worin Otto bereits ausdrücklich bezeichnet wird. May: Albrecht. II. Bd. II. S. 488f.

25. Gachard. S. 108f; Werner: der Dom zu Mainz etc. Bd. II. S. 383 spricht von fast einstimmiger Wahl.

26. Ueber seine Herkunft vergl. Buch Weinsberg. Bd. I. S. 226; Rommel: Philipp der Grossmütige. Bd. I. S. 502.

27. Venetianische Depeschen vom Kaiserhof. Bd. I. S. 640.

28. Die Angaben über Sebastians Alter lauten verschieden: nach Gachard (S. 109) zählte er „ungefähr 50 Jahre"; nach Massarelli S. 149) dagegen erst ungefähr 40 Jahre. „d'età incirca 40 anni";

bisher nach aussen hin wenig hervorgetreten; von allen Seiten rühmte man seine grosse aufrichtige Frömmigkeit, innerhalb des Kapitels versah er die Stelle des Stiftsgeistlichen, wobei ihn seine tiefe Gelehrsamkeit besonders befähigen mochte. Seine Armut hatte, wie verschiedentlich hervorgehoben wurde, die Stimmen der Domherren mit auf ihn gelenkt. Als ein Mann, welcher mit den praktischen Fragen des Lebens und den grossen Händeln dieser Welt wenig in Berührung gekommen ist, zeigte Sebastian sich den Gefahren, die ihn jetzt in ihren Strudel mit hinabzureissen drohten, wenig gewachsen: er wird uns als kleinmütig geschildert, fremdem Rat leicht zugänglich und bald ergeben, von dem Glanz der kaiserlichen Majestät schnell geblendet. Freiere Regungen, wohl mehr entsprungen dem Unwillen über bestehende Missbräuche in seinem Bistum als evangelischer Ueberzeugung werden ihm zugeschrieben. Jedoch was frühere Kaiser an Päpsten, die ihnen die Tiara verdankten, oft hatten erfahren müssen, das sollte der Landgraf an dieser seiner Kreatur auch bald erfahren: von oben herab sahen sich die Dinge der Welt für ihn viel anders an als bisher aus seiner einsamen Gelehrtenstube: von Tag zu Tag erfüllte er sich mehr mit seiner neuen Würde, er wurde zuerst schwankend, bis er schliesslich entschieden für den Kaiser Partei nahm.

Am kaiserlichen Hof gab man sich den Anschein, als sei man mit der Wahl zufrieden. Der venetianische Botschafter Navagero[29] und auch der englische Spezialgesandte Gardiner[30] wurden dementsprechend zur Bericht-

---

nach Scheppler: Codex ecclesiasticus Moguntinus novissimus pag. XXXXV. war er damals erst 37 oder 38 Jahre alt; „er starb 47 Jahre alt im Jahre 1555, den 18. März".

29. Gachard. S. 109.

30. St. p. Bd. X. S. 657.

erstattung nach Hause instruiert. In Wirklichkeit aber kann man sich leicht ausmalen, in welcher Stimmung der Kaiser darüber gewesen sein muss, dass ihm ein einzelnes Domkapitel Trotz zu bieten wagte, in einem Augenblick, als er sich anschickte, seine kaiserliche Suprematie den abtrünnigen deutschen Fürsten mit Waffengewalt aufzuerlegen; deutlich wurde ihm hier vor Augen geführt, wie wenig angesehen und gefürchtet eigentlich seine Stellung in Deutschland war.

Der neue Erzbischof bekam diese kaiserliche Ungnade auch gleich zu fühlen, indem Karl ihn stets nur mit „erwählter“ Erzbischof von Mainz anredete, um ihm darzuthun, dass es von seinem Willen abhänge, ihn zu bestätigen oder nicht.

Diese kaiserliche Politik hauptsächlich bewirkte, dass die protestantenfreundlichen Regungen Sebastians,[31] welche er gelegentlich zu erkennen gegeben hatte, gleich im Keime erstickt wurden.

Zuerst zu spüren bekam Philipp diese Umwandlung, als er Sebastian aufforderte, Gesandte zum Frankfurter Bundestag zu schicken; unter der nichtigen Begründung gegenüber einem so bedeutungsvollen Moment, wegen der Huldigungsreise in einem Stift könne er keine Räte entbehren, hielt er sich von den Verhandlungen fern.[32]

---

31. Vergl. besonders seine bedeutsame Erklärung gegenüber Alex. v. d. Thann, er verhoffe, dem Landgrafen, „neher zugethan zu werden“, was dieser in seiner Antwort sofort auf das religiöse Moment deutete. Alex. v. d. Thann an Philipp. 20. X. 45. Philipp an Heusenstamm. 30. X. 45. M. A.

32. Heusenstamm an Philipp. 1. XII. 1545.

Kapitel IV.

Des Kaisers Intriguen gegen die Schmalkaldener in Süddeutschland.

Nicht grösseren direkten Erfolg als in Mainz hatte der Kaiser mit seinen Bemühungen und Intriguen, durch Absonderung der reichen oberländischen Städte den schmalkaldischen Bund auseinander zu sprengen.

Ueber diese Verhandlungen des Kaisers während des Sommers und Herbstes 1545 sind wir nur sehr mangelhaft unterrichtet, es ergiebt sich so viel, dass es Karl im Grunde genommen weniger darauf ankam, einen neuen Gegenbund schon jetzt ins Leben zu rufen, als innerhalb der Schmalkaldener Vereinigung selber Uneinigkeit und Verwirrung anzurichten. Es scheint, als ob er sich vor der Zeit, d. h. vor der völligen Niederwerfung seiner Gegner nicht fest habe binden wollen, denn nach dem Kriege nahm er die vor demselben begonnenen Verhandlungen, einen neuen schwäbischen Bund unter habsburgischer Leitung zu errichten, mit grosser Energie, wenn auch ohne Erfolg, wieder auf.[1]

Für Karl war die braunschweigische Angelegenheit der Punkt, von dem aus er gegen den schmalkaldischen Bund zu operieren gedachte:[2] er rechnete auf den Unwillen der Städte über die persönliche Interessenpolitik der Bundeshäupter und hoffte die Widerstandsfähigkeit seiner Gegner durch Zwietracht im eigenen Lager, besonders durch die Entziehung der reichen oberländischen Kommunen am meisten schwächen zu können.

Die Seele dieser Politik am kaiserlichen Hofe war der

---

1. Ranke: Deutsche Geschichte. Bd. V. 12ff. und Bd. VI, S. 266ff.

2. Friedensburg: Nuntiaturberichte I. Bd. VIII S. 620.

Beichtvater Karls, Domenieo de Soto;[3] er vertrat nachdrücklich gegenüber Granvella und anderen Räten die Ansicht, dass trotz der zwei siegreichen Braunschweigischen Feldzüge der schmalkaldische Bund wegen seiner mannigfachen inneren Gebrechen nicht so stark sei wie er scheine; besonders den Gegensatz zwischen Fürsten und Städten müsse man sich zu nütze machen.[4]

Die Bemühungen des Kaisers datieren schon von langer Zeit her:[5] wenn wir den Versicherungen[6] des besorgten Nicolaus Maier Glauben schenken dürfen, so war die Mehrzahl der Vertreter der kleineren Städte auf dem Reichstage zu Worms mit Instruktionen erschienen, welche dahin zielten, in die Errichtung eines neuen schwäbischen Bundes zu willigen, d, h. die Beziehungen zum schmalkaldischen zu lösen. Seinen, Maiers, Bemühungen sei es jedoch gelungen, sie von den für die evangelische Sache verderblichen Plänen abzubringen und sie zur Einwilligung in die Erstreckung des Bundes zu bewegen.

Nachdem dieser erste Versuch der kaiserlichen Politik nicht geglückt war, fasste man die Sache von einer anderen Seite an:[7] im Auftrag des Kaisers wurden während des Reichstages zu Worms die Vertreter von Augsburg,

3. Ueber Soto vergl. Maurenbrecher: Karl V. und die deutschen Protestanten 1545—1555. S. 100, auch Anm. 10.

4. Druffel IV. S. 453f. Lenz. II. S. 456. — Das Gutachten Sotos gedruckt: Maurenbrecher: Karl V. und die deutschen Protestanten. 1545—1555. S. 29.*

5. Vergl. Strassburg. III. S. 412. S. 412f. S. 479.

6. Maier an Philipp von Hessen. 26. III. 1545. [Zeitschrift für Kirchen-Geschichte. Bd. IV. S. 157.] Lenz. III. S. 358, Anm. 3. „wie dann etlichen stetten allerlay gewarnung zu Worms peschehen, das sy sich vor den Fursten solten hieten, damit kain gleicher verstand unter den armen Teutschen wurde". [Sailer an Philipp. Augsburg 7. VII. 1545]

7. Vergl. Instruktion Maiers zum Frankfurter Bundestag. M. A; erwähnt Lenz III, S. 373, Anm. 4.



Nürnberg und Ulm vor Granvella, Naves und Dr. Gienger, einem Rat König Ferdinands, gefordert, welche ihnen den Vorschlag machten, den schwäbischen Bund zu erneuern, mit dem Bedeuten, selbst demselben beizutreten. Das Ziel dieser Politik liess sich aus den Worten der kaiserlichen Räte unschwer erkennen: es handelte sich um Unterdrückung derjenigen Stände, welche die geistlichen Güter eingezogen hatten; in Betreff der Religion wurde ihnen ein besonderer Artikel ausgestellt, des Inhalts, dass sie bis zu einer anderweitigen Entscheidung durch Kaiser und König oder durch die gesamte Kirche bei ihrem Glauben gelassen werden sollten; absichtlich vermied man, das Konzil zu erwähnen.[8] Es sind dieselben Argumente, mit denen der Kaiser später unmittelbar vor Ausbruch des Krieges die Städte zum Verrat an der protestantischen Sache verleiten wollte.[9] Ueber die Eröffnungen sollten sie an die Geheimen ihrer Städte berichten.[10]

Nur geringen Anklang fand diese Politik bei den Vertretern des päpstlichen Hofes: mit Recht fürchteten sie, der Kaiser werde, im Bunde mit einem Teile der Ketzer, in seiner Aktionsfähigkeit gegen die Anhänger der neuen Lehre gehemmt sein und mehr die Durchführung der politischen Ziele, welche aus seiner inter-

---

8. Maiers Relation (siehe Anm. 7) widerspricht hier den Thatsachen: er berichtet die Klausel sei dahin formuliert worden „das die Stett bis zu ordinarier erkhanntnus des Concilii bei Irer Religion gelassen werden"; vergl. dagegen Friedensburg: Nuntiaturberichte I. Bd. VIII, S. 732 ff.: et disse (der Bischof von Arras) che non si nominava il concilio [per] non guastare la praticha, perchè dette città non lo vogliano sentir nominare". (S. 732).

9. Ranke: Deutsche Geschichte Bd. IV, S. 306, Anm. 2.

10. Darauf scheint sich Saclers Bemerkung bei Lenz III, S. 374 zu beziehen: „das sich doch ir etlich schon eingelassen und des ardtickels der religion halben ain abschrift pegert hetten."

nationalen Stellung entsprängen, als die Verteidigung des Glaubens in den Vordergrund stellen. Am meisten erregten sie sich über die Anmassung Karls, mit eventueller Umgehung des Konzils die religiösen Wirren in Deutschland beilegen zu wollen: gelang ihm dies auf diese Weise, also in direktem Gegensatz zu den Wünschen der Kurie, so musste seine Stellung eine überwältigende werden, zunächst in Deutschland; die Rückwirkung auf die italienischen Verhältnisse konnte jedoch unmöglich ausbleiben.

Schon jetzt also zeigte es sich, dass diesem Kaiser gegenüber eine völlige Unterdrückung der Protestanten für den römischen Stuhl gar nicht wünschenswert, geschweige denn vorteilhaft sei. Die Rücksicht auf ihre weltliche Machtstellung trieb die Kurie notgedrungen dazu, während sie auf der einen Seite unaufhörlich zum Kriege hetzte, im Geheimen jetzt schon über Gegenmassregeln zu sinnen, welche die unausbleiblichen Folgen ihrer Thätigkeit in ihren schlimmen Wirkungen abzuschwächen geeignet waren.

Während man die Antworten auf die obigen Vorschläge noch erwartete, erhielt die ganze Angelegenheit eine für die kaiserliche Partei nicht ungünstige Wendung.

Am 31. Mai 1544 war der Nürnberger Gesandte und Ratsherr, Hieronimus Baumgarten, bei seiner Rückkehr vom Speirer Reichstage von einem Ritter Albrecht von Rosenberg überfallen und bisher festgehalten worden aus Rache gegen die Reichsstadt.[11] Landgraf Philipp hatte sich — von den verschiedensten[12] Seiten dazu aufgefordert — für den Gefangenen verwendet und glaubte nach einer persönlichen Begegnung mit dem Ritter am

11. Ueber die Ursache des Rosenbergschen Handels vergl. Strassburg II. S. 536 ff. — Lenz: Nachlese zum Briefwechsel Philipps des Grossmütigen (Brieger Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. IV.).

12. Neudecker: Akten S. 448 f. Lenz III, S. 510.

Ziele zu sein, als dieser die Sache beim Reichstag einbrachte. Dadurch erhielt die ganze Angelegenheit, die lediglich eine Privatfehde war, eine politische Farbe: die Berechnung Ferdinands ging von demselben Punkte aus wie diejenige Philipps, als er sich des Gefangenen annahm: er wollte sich Nürnberg verpflichten, um es eventuell als Bundesgenossen in seinen politischen Kombinationen verwenden zu können. Der König forderte sofort die beiden Parteien auf, Vertreter zu einer Beratung über einen Vergleich zu entsenden.

Unterdessen war die Antwort der drei Reichsstädte auf die Eröffnungen der kaiserlichen Räte eingelaufen, und zwar in ablehnendem Sinne, da die Sache, bevor darüber verhandelt werden könne, wegen ihrer Wichtigkeit in religiöser Beziehung vor den grossen Rat gebracht werden müsse.

Granvella[13] entbot die Gesandten der Städte nunmehr, nach Einholung neuer Instruktionen, zu dem mittlerweile in dem Rosenbergschen Streit festgesetzten Tage nach Donauwörth. Demgegenüber ging das Bestreben des Landgrafen dahin, die ganze Frage vor jenem Tage zu erledigen, um diese Zusammenkunft zu vereiteln: das erstere gelang ihm, insofern auf sein Drängen hin Baumgarten Anfang August freigelassen wurde, der Rechtsstreit selber aber war damit noch nicht geschlichtet.

Bei den nun in tiefstem Geheim folgenden Verhandlungen zuerst in Donauwörth in der Rosenbergischen

---

13. vergl. Kanzler Brücks Gutachten an Johann Friedrich über diese Praktiken vom 27. XII. 1545.: Brück sieht darin nur Intriguen der oberländischen Städte, besonders Augsburgs, auf jeden Fall, wenn auch zur Unzeit gerüstet zu sein. Die Errichtung des neuen schwäbischen Bundes spreche für die Friedfertigkeit der kaiserlichen Politik. (W. A. Reg. H. No. 194, Blatt 201 und 202).



Sache, wo ein Interimsvergleich geschlossen wurde,[14] dann in Nördlingen, ist, soweit wir erkennen können, von kaiserlicher Seite der rührigste wieder der Kardinal von Augsburg; jedoch alle seine Versuche scheitern an der Standhaftigkeit und Treue der Städte; auch mit Einzelverhandlungen mit jeder Stadt allein, hatte er ebenso wenig Erfolg; in Augsburg waren es neben den evangelisch gesinnten Bürgermeistern die Prediger, welche warm für Festhalten an den Glaubensbrüdern eintraten.

Als leitendes Motiv[15] des Kaisers in diesen noch allzu wenig aufgeklärten Unterhandlungen können wir zwei Ziele bestimmter hervorheben: die Isolierung der beiden schmalkaldischen Bundesoberhäupter und die Anbahnung einer erblichen Monarchie im Hause Habsburg für das deutsche Reich, d. h. Niederdrückung des deutschen Fürstenstandes, wie sich die Augsburger bezeichnend ausdrücken, „und also eben der Schulltais der den gemeinen underthanen gepeut, auch den Chur und fursten zugepieten haben," [16] Tendenzen wie sie Karl nach dem jähen Zusammenbruch des schmalkaldischen Bundes mit vollem Ernst ins Auge fasste.

Noch war also, wie wir sahen, in Deutschland selbst alles in der Schwebe, nirgends hatte der Kaiser mit seinen Bemühungen um Untergrabung der Macht der Protestanten einen vollgiltigen Erfolg zu verzeichnen, ja an manchen Punkten, wie besonders in Mainz, war er direkt ihren Bestrebungen unterlegen.

---

14. vergl. v. Stetten: Geschichte der Reichsstadt Augsburg Bd. I, S. 383 f. Massarelli S. 110 f. Friedensburg: Nuntiaturberichte I, Bd. VIII, S. 690. Lenz II, S. 374.

15. vergl. Leva: storia documentata di Carolo V in correlazione all' Italia. Bd. IV, S. 46.

16. Dahin wird wohl auch das Versprechen Granvellas dem Kaiser gegenüber zielen, er wolle ihn zum „padron di Germania" machen. Friedensburg: Nuntiaturberichte I, Bd. VIII, S. 733.

Die Stärke des schmalkaldischen Bundes lag lediglich innerhalb Deutschlands, hier vermochte er seine Kräfte zu entfalten, und auch gegen den Einfluss des Kaisers nennenswerte Vorteile zu erringen. Andererseits war für Karl V. seine europäische Stellung die Grundlage aller seiner Unternehmungen, die Quelle aller seiner Kräfte, freilich auch die Ursache aller seiner Verwickelungen.

Es musste schon auf die Dauer misslich sein für die Protestanten, wenn diese beiden Parteien in Deutschland selber gegen einander in Kampf gerieten, da die Stärkeverhältnisse zu ungleiche waren, verhängnisvoll musste für sie sofort werden, wenn sie wagten, den ihnen heimischen und deshalb vertrauten Boden zu verlassen, und in der internationalen Politik mit Karl in Wettstreit zu treten: sie mussten notwendigerweise unterliegen, da die politischen und wirtschaftlichen Machtmittel, welche der Kaiser gegen sie ins Feld zu führen vermochte, allzu überwältigende waren.

Wenn deshalb die von den Schmalkaldenern angebahnte Friedensvermittlung zwischen England und Frankreich von Anfang an erfolglos sein musste, so bleibt eine genauere Vergegenwärtigung der einzelnen Momente dieser interessanten Verhandlungen schon darum lehrreich, als sie uns auf der einen Seite die Verworrenheit und Haltlosigkeit der Zustände innerhalb des schmalkaldischen Bundes deutlicher, als sie uns bisher entgegengetreten sind, vor Augen führt, auf der anderen Seite lässt sie uns die grandiose Stellung Karls erkennen, der infolge seines festen, geschlossenen und zielbewussten Willens stets auf der Höhe der Situation bleibt: schon hieraus kann man das später wirklich eingetretene Verhängniss dieser Vereinigung einem solchen Kaiser gegenüber ahnen.



Thesen.

I.

Baumgartens Behauptung, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Johannes Sturm und Sleidan sei durch die Konkurrenz in ihren Beziehungen zu Frankreich nach dem Jahre 1545 getrübt worden, erweist sich bei unserer Prüfung als nicht stichhaltig.

II.

Das Speyrer Gespräch vom März 1546 zwischen Karl V. und Philipp von Hessen war ein diplomatischer Sieg des Kaisers.

III.

Taine's Charakteristik Napoleons ist ein Zerrbild.



Vita.

Ich, Adolf Hermann Franz Hasenclever, evangelischer Konfession, wurde am 2. Oktober 1875 als Sohn des Kaufmanns Bernhard Hasenclever und seiner vor wenigen Tagen verstorbenen Ehefrau Karoline, geb. Günther, in Remscheid geboren.

Von Ostern 1885 bis Ostern 1888 besuchte ich die lateinlose Realschule meiner Vaterstadt, meine weitere Ausbildung erhielt ich auf dem Gymnasium zu Elberfeld, das ich mit dem Zeugnis der Reife Ostern 1895 verliess.

Die ersten Semester widmete ich mich an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn dem Studium der Geschichte, Rechtswissenschaft und Nationalökonomie und setzte diese Studien von Ostern 1897 bis Michaelis 1899 an der hiesigen Universität fort.

Vorlesungen hörte ich in Bonn bei den Herren Professoren: Bergbohm, von Bezold, Clemen, Dietzel, Gothein, Hübner, Koser, Krüger, Meister, Litzmann, Nissen, Pflüger, Rein, Ritter, Strack, Usener, Wiedemann, in Berlin bei den Herren Professoren: Anschütz, Delbrück, Dilthey, Grimm, Harnack, Kohler, Koser, Lenz, Meinecke, Naudé, Paulsen, Scheffer-Boichorst, Erich Schmidt, Schmoller und Sternfeld.

Zu ihren Uebungen gewährten mir Zutritt in Bonn: Herr Professor Dr. Nissen; in Berlin die Herren Professoren: Lenz, Naudé, Scheffer-Boichorst, Schmoller und Sternfeld.

Ihnen allen fühle ich mich zu lebhaftem Danke verpflichtet, vor allem aber Herrn Professor D. Dr. M. Lenz, der mir die Anregung zu meiner Arbeit gab und auch späterhin fortwährende Förderung hat zu Teil werden lassen.







